

DOERRIES, JOHANN HEINRICH GEORG

Friedrich von Gentz' "Journal de ce qui m'est arrivé de plus marquant... au quartier-général de S.M. le roi de Prusse" als Quelle preuszischer Geschichte der Jahre 1805/06. [Diss.].

1906

EOD - Miljoner böcker bara en knapptryckning bort. I mer än 12 europeiska länder!



Tack för att du väljer EOD!

Europeiska bibliotek har miljontals böcker från 1400- till 1900-talet i sina samlingar. Alla dessa böcker går nu att få som e-böcker – de är bara ett musklick bort. Sök i katalogen från något av biblioteken i eBooks on Demand- nätverket (EOD) och beställ boken som e-bok – tillgängligt från hela världen, 24 timmar per dag och 7 dagar i veckan. Boken digitaliseras och blir tillgänglig för dig som e-bok.

EOD bokens fördelar!

- Få samma utseende och känsla som med originalet!
 - Använd ditt standardprogram för att läsa boken på skärmen, zooma och navigera genom boken.
 - *Sök:** Använd fulltextsökning för enskilda fraser.
 - *Klipp & klistra:** Kopiera bilder och delar av texten till andra applikationer (t.ex. ordbehandlingsprogram).
- *Ej tillgängligt i varje e-bok.

Villkor för användning

Genom att använda EOD-tjänsten accepterar du de villkor som ställs av biblioteket som äger den aktuella boken.

- Villkor för användning: <https://books2ebooks.eu/csp/sv/nls/sv/agb.html>

Fler e-böcker

Redan nu erbjuder 40 bibliotek från 12 europeiska länder denna service. Sök böcker tillgängliga för den här tjänsten: <https://search.books2ebooks.eu>
Mer information finns tillgängliga via <https://books2ebooks.eu> boken.

*Hist.
Preuss.
(1806)*

❄ ❄ **FRIEDRICH VON GENTZ' „JOURNAL
DE CE QUI M'EST ARRIVÉ DE PLUS MARQUANT... AU
QUARTIER-GÉNÉRAL DE S. M. LE ROI DE PRUSSE“
ALS QUELLE PREUSZISCHER GESCHICHTE
DER JAHRE 1805/06.** ❄ ❄ ❄ ❄ ❄

Gedruckt mit Genehmigung
der philosophischen Fakultät der Königl. Universität
zu Greifswald
1806

* * INAUGURALDISSERTATION DER HOHEN
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER KÖNIG-
LICHEN UNIVERSITÄT GREIFSWALD ZUR ER-
LANGUNG DER PHILOSOPHISCHEN DOKTOR-
WÜRDE VORGELEGT VON * * * * *

HEINRICH DÖERRIES.

GREIFSWALD 1906
HANS ADLER. * *

*06
806*

Gedruckt mit Genehmigung
der philosophischen Fakultät der Königlichen Universität
zu Greifswald
nach Bestehen des Examen rigorosum am 7. Februar 1906.
Dekan: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Seeck.

Referent: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Ulmann.

Kungl. biblioteket



0 0000 000096926

Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Ulmann

zugeeignet.

Herrn Geheimen Registrars Professor Dr. Wunzen



Zu der vorliegenden Arbeit habe ich Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin (zitiert G. St.-A.) namentlich für die Monate September und Oktober 1806 einsehen dürfen, wofür ich hier ergebensten Dank sage. Außerdem habe ich zu danken den Direktionen des k. und k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien (zitiert W. H., H. u. St.-A.), des Foreign Office in London (zitiert F. O.) und des Archivs im Ministerium des Auswärtigen in Petersburg, deren Liberalität mir Kopien einzelner wichtiger Schriftstücke verschaffte.

Der Gebrauch der Akzente ist geregelt.

Eine Zusammenstellung der benützten Litteratur zu geben, hielt ich nicht für notwendig, da Kircheisen (Bibliographie Napoleons) und Fournier (Napoleon I.² im 2. Bande) erschöpfende Verzeichnisse bieten.

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Einleitung	1
1. Kapitel: Haugwitz und der Ursprung des Krieges mit Frankreich.	7
2. Kapitel: Lucchesini und Lombard über den Konflikt mit England und die Wiederannäherung Preußens .	23
3. Kapitel: Haugwitz und Preußens Werben um die Bundes- genossenschaft Österreichs	43
4. Kapitel: Haugwitz und die gegen Österreich beabsichtigte Zwangsmäßregel	52
Exkurs und Beilagen	67

Einleitung.

Es liegt eine ungemeine Tragik darin, wenn eine Großmacht, die noch vor wenigen Jahrzehnten gegen einen halben Weltteil mit den Waffen obsiegt, mit einem Schlage ihres militärischen Nimbus' entkleidet wird, eine Tragik, die sich ganz besonders den Zeitgenossen aufdrängen mußte. Und doch war dieses Ereignis, dem das alte Preußen zum Opfer fiel, nicht etwa eine zufällige Begebenheit, eine Folge mangelnden Schlachtenglücks. Es bedeutete den Abschluß einer Entwicklung, die in der Hauptsache durch eine Reihe von Fehlern in der auswärtigen Politik verschuldet war.

Auf die letzte Phase der preußischen Politik bis zur Schlacht von Jena und Auerstädt wirft eine jenen Tagen entstammende Quelle einiges Licht, deren hierher gehörende Angaben unmittelbar auf Mitteilungen preußischer Staatsmänner zurückgehen. Sie ist spät gedruckt worden und erschien erst im Jahre 1836 in der englischen Militärzeitschrift: „The United Service Journal“¹⁾ unter dem Titel „The battle of Jena. Journal of the most remarkable events which occurred at the Head-quarters of the King of Prussia in the month of October 1806. By Gentz.“ Es war ein Bericht in Tagebuchform über die letzten Ereignisse, die dem Fall Preußens vorausgingen, nach Aufzeichnungen des Publizisten Friedrich von Gentz. Über die Herkunft erfuhr man nur, daß die vorliegende Übersetzung nach dem unveröffentlichten

1) Unit. Serv. Journ. 1836 Aug., Septbr., Novbr., Dezbr.

Original übertragen sei.¹⁾ Großes Aufsehen erregte das Tagebuch in Deutschland und besonders in Preußen²⁾, wo der an sich schon, namentlich in den Eigennamen, verderbte englische Text durch äußerst nachlässige³⁾ Übertragung in der damals von Dr. Friedrich Bran herausgegebenen „Minerva“ bekannt wurde; hier war es sensationell betitelt als „Beitrag zur geheimen Geschichte des Anfangs des Krieges von 1806.“ Den französischen Originaltext gab zuerst vollständig G. Schlesier in den „Mémoires et lettres inédits du Chevalier de Gentz.“⁴⁾

Der Verfasser ist als einer der größten Publizisten aller Zeiten und als der bedeutendste litterarische Gegner der französischen Revolution und Napoleons bekannt. Früher preußischer Kriegsrat, seit einigen Jahren aber in österreichischen Diensten, war er damals einer Einladung ins preußische Hauptquartier gefolgt.⁵⁾ Dort machte er sich — wie er selbst über

¹⁾ Unit. Serv. Journ. S. 433: The manuscript, translated from the unpublished original, has been for some time in our possession.

²⁾ Mémoires et lettres inédits S. XVIII: Il fit partout, et surtout á Berlin, la plus grande sensation. Vgl. Schriften von Friedr. von Gentz II, 189.

Davon zeugen z. B. die verschiedenen Aufsätze, die das Erscheinen des Tagebuches hervorgerufen hat, vgl. Minerva Juli 1837, März 1838; vgl. auch Ranke an Varnhagen, 28. Jan. 1837: Ich habe die Blätter von Gentz durchgelesen, ohne mich nur zu setzen, wie man die persönlich interessanten Briefe liest; meine ganze Seele ruft: Das ist Wahrheit, das ist Historie. Deutsche Revue 1901 III, 222.

³⁾ Ganze Partien sind ohne ersichtlichen Grund unübersetzt geblieben.

⁴⁾ Das. S. 221 ff.: Journal de ce qui m'est arrivé de plus marquant dans le voyage que j'ai fait au quartier-général de S. M. le Roi de Prusse. Le 2 d'octobre 1806 et jours suivans.

In der von ihm besorgten 5bändigen Ausgabe der „Schriften von Fr. von Gentz“ findet sich der Text der „Minerva“ mit einigen Verbesserungen, welche durch die erwähnten Aufsätze hervorgerufen wurden.

⁵⁾ Die Vermutung liegt nahe, daß Gentz' Berufung ins Hauptquartier auf Veranlassung der Persönlichkeiten erfolgt ist, mit denen er in Dresden zusammentraf. Sehr freundschaftlich gestaltete sich der Verkehr mit dem Prinzen Louis Ferdinand bei dessen Dresdener Aufenthalt (Gentz' Tagebücher S. 55 f. und „Aus Karl von Nostiz' Leben und Briefwechsel“ S. 92 f.). Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Prinz in direkter Weise einen Einfluß dahin ausgeübt habe, Gentz ins Haupt-

die Entstehung des Tagebuchs berichtet¹⁾ — von jedem bemerkenswerten Ereignis, sowie von jedem denkwürdigen Gespräch mit den leitenden Persönlichkeiten im preußischen Hauptquartier sofort über die wichtigsten Punkte Notizen, die er noch während seiner Reise auszuarbeiten und zusammenzufügen begann. Offenkundig ist, wie lange und mit welcher Sorgfalt der Publizist an seinen Werken feilte und besserte; das ist auch hier zu beobachten. Er gedachte das Journal bald nach seiner Rückkehr fertig zu stellen²⁾; aber die abschließende Redaktion erfolgte 1^{1/2} Monate später³⁾ als jener Brief an den Fürsten Lobkowitz vom 22. Oktbr. 1806⁴⁾ über denselben Gegenstand.

quartier zu laden. Er gehörte zur Fronde und war den Ministern nicht persona grata; deshalb mag er sich der Vermittlung des Fürsten Hohenlohe bedient haben, dessen Avantgarde er führte. (vgl. Adair, Historical memoir of a mission to the Court of Vienna S. 136).

Von besonderer Bedeutung wird aber der Aufenthalt des Grafen Götzen in Dresden gewesen sein (Gentz' Schriften IV, 257; Ompteda, Politischer Nachlaß II, 174). Am 16. Septbr. konnte Gentz diesem sogar ein Schreiben des österreichischen Ministers Stadion vom 10. Septbr. mit einer für Preußen äußerst günstigen Erklärung im Auszuge mitteilen (Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen III³, 764 n.). Diese Korrespondenz mit dem Adjutanten des Königs ist vielleicht entscheidend geworden. Vgl. Mém. et lettr. inéd. S. 236, 241, 259, 312, 334.

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 223; vgl. S. 298 n, 251, 324; 236, 259, 271.

²⁾ Mitt. d. k. u. k. Kriegsarchivs 1881, 173 n: Gentz aus Teplitz am 25. Oktober 1806 (sehr wahrscheinlich an Stadion): Je m'occupe à mettre devant les yeux de Votre Excellence le Journal de mon voyage au Quartier-général. Comme je n'ai pas de copiste, et que je suis obligé de tout faire moi-même, ce travail m'arrêtera encore 2 ou 3 jours.

³⁾ Beilage 1; vgl. auch das Mém. et lettr. S. XVIII angezogene Schreiben vom 10. Febr. 1807 (bereits in der Außerord. Beilage zur Allg. Zeitung 1837 No. 127 erwähnt).

⁴⁾ Er ist veröffentlicht von A. Wolf in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie Bd. 32, 312 ff. Auch innere Gründe fordern einen längeren Zwischenraum zwischen Brief und Journal. Wenn Guglia (Friedrich Gentz. Eine biographische Studie S. 204) behauptet, Gentz nenne hier gegen seine Überzeugung die Dispositionen des preußischen Kabinetts untadelhaft, so beruht dies offenbar auf einem Mißverständnis. Dispositionen ist an jener Stelle (Sitzungsber. S. 315) ohne Frage — wie fast ausnahmslos „dispositions“ im Journal (und in diplo-

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist es — namentlich in der diplomatischen Welt — nicht so unbekannt gewesen, wie man nach der späten Drucklegung vermuten sollte; so erhielt z. B. Graf Kalkreuth, der Sohn des im Tagebuch erwähnten Generals, späteren Feldmarschalls, vom russischen Gesandten in Dresden, Grafen Canikoff ein Exemplar zur Einsicht, aus dem er verschiedene Stellen mitgeteilt hat.¹⁾

Die nachträgliche Zusammenstellung der gleichzeitigen Aufzeichnungen hat zur Folge gehabt, daß einzelne Unterredungen auf spätere vorgreifen und daß auch die weiteren Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen. Durch Anwendung von Parenthesen zeigt der Autor selbst, daß die in solchen Sätzen enthaltenen Mitteilungen eigentlich aus dem Rahmen des Tagebuches herausfallen.²⁾ Noch mehr fällt die spätere Redaktion da auf, wo der Gedanke, ohne daß dies äußerlich bezeichnet wird, vorgreift und bezug auf folgende oder parallele Ereignisse nimmt, die der Verfasser erst nachträglich erfahren konnte³⁾.

matischen Korrespondenzen jener Zeit überhaupt) metaphorisch in der Bedeutung „Gesinnung“ (Absicht) gebraucht (Mém. et lettr. inéd. zehnmal: S. 244, 246, 253, 258, 260, 268, 280, 291, 297, 317 u. 343 gegenüber einmal-Anordnungen S. 331). Das erweist schon der Zusammenhang, da der Ausdruck im folgenden Satz erläutert wird: „Offenes Geständnis begangener Fehler, — lebhaftes Reue darüber —, fester Vorsatz, durch große und beharrliche Anstrengungen das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen und für lange Abweichung von der Bahn der gemeinschaftlichen Wohlfahrt den reichlichsten Ersatz zu geben, — namentlich gegen mich unbeschränkte Aufrichtigkeit, unbedingte Mitteilung aller vorigen und gegenwärtigen Plane und Absichten und eine Sprache, die notwendig den letzten Rest von Mißtrauen aus meinem Gemüt verbannen mußte“, was Gentz damals jedenfalls aus gutem Glauben sagen konnte. Dispositionen bezieht sich nicht auf die Vorbereitungen zum Krieg, deren Unzulänglichkeit der Publizist (l. c. S. 316 f.) ja auch betont.

¹⁾ Noch vor der Publikation des Originals in dem Aufsatz „Graf Kalkreuth, Zur geschichtlichen Kritik“: *Minerva* 1839 I, 315 ff, besonders 326 u. 476 ff; vgl. 328.

²⁾ Vgl. S. 240, 252, 287, 298, 302, 328, 337; 225, 236, 259, 337, 338.

³⁾ Dahin gehören Stellen wie S. 233, 234, 267, 284, 286, 307, 311, 338; 267, 311, 334.

Durch all' diese einzelnen Wechselbeziehungen wird der tagebuchartige Charakter etwas verwischt, aber keineswegs der schriftstellerische Eindruck des Werkes abgeschwächt, das sich den deutschen Schriften des Autors würdig anreihet. Deren Vorzüge kommen auch hier zur Geltung: Vor allem die vielgerühmte Klarheit, die dem hervorstechenden Grundzug seines vielgestaltigen Wesens entsprach, im einzelnen die plastische Sprache, die sachliche Wucht und die scharfsinnige Kombination der Darlegungen und die größtenteils treffende Charakteristik, die in der mit großer Wärme erfaßten, poetisch feinsinnig geschilderten Persönlichkeit der Königin Luise gipfelt. Selbstverständlich ist eine Schilderung solch' bewegter Zeiten auch dramatisch belebt¹⁾.

So vollendet das Journal als litterarisches Produkt ist, wertvoller ist es für den Historiker als Geschichtsquelle. In Rücksicht auf den historischen Inhalt unterscheidet der Verfasser selbst Aufzeichnungen von Ereignissen und Unterredungen²⁾. In diesen erhielt er Mitteilungen über Begebenheiten der jüngsten Vergangenheit, Aussagen gewichtiger Zeugen über politische Ereignisse hauptsächlich des letzten Jahres. Weil sie dem subjektiven Vorstellungskreise der Gewährsmänner entstammen, teilen sie das Schicksal von Memoiren bei ihrer Bewertung. Man könnte fragen, ob Gentz' Berichterstattung eine weitere Trübung der Tatsachen veranlaßt habe. Ich glaube nicht. Abgesehen davon, daß die eminente politische Begabung und die intime Kenntniss der Zeitverhältnisse³⁾ den Publizisten wie kaum einen andern zu getreuer

¹⁾ Vgl. z. B. *Mém. et lettr. inéd.* S. 325 ff.: Die ersten Nachrichten über das Treffen bei Saalfeld, S. 329: Die Offiziersdeputation bei Kalkreuth.

Über den Schriftsteller und Publizisten ist zu vergleichen der Artikel Gentz von R. Haym in Ersch und Grubers *Realenzyklopädie* und die neuere Arbeit von E. Guglia „Friedrich von Gentz. Eine biographische Studie“ (Dazu *Gött. gelehrte Anz.* 1902, 619 ff.).

²⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 223.

³⁾ Vgl. z. B. *Gentz' Schriften* IV, 262.

Wiedergabe befähigte, hätten die preußischen Staatsmänner auch schwerlich einen so billig denkenden Beurteiler gefunden wie ihn, dem die Wandlung der preußischen Politik des längeren bekannt war¹⁾. Sein Bericht wird daher die Aussprüche der Interlokutoren im allgemeinen objektiv widerspiegeln. Wichtiger scheint mir deshalb die andere Erwägung zu sein. Naturgemäß bildeten den Hauptgegenstand der Unterredungen die Entstehung des Krieges und die hiermit zusammenhängenden Maßnahmen, und da ist es natürlich, daß der Kabinettsminister Graf Haugwitz, dessen Mitteilungen besonders in Frage kommen, eifrig bemüht gewesen sein wird, die preußische Politik als folgerichtig und von den besten Grundsätzen geleitet hinzustellen, — mit anderen Worten — seine Amtsführung zu verteidigen, deren Mißerfolg auf der Hand lag.

Es handelt sich also um eine Darstellung preußischer Politik durch preußische Staatsmänner, um eine Darstellung, die für die Hauptlinien kritischer Untersuchung bedarf.

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 290; vgl. Mitt. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung VII, 149 ff.

Erstes Kapitel.

Haugwitz und der Ursprung des Krieges mit Frankreich.

Es war ein schwerer Fehler, daß Preußen sich nicht von vornherein der 3. Koalition anschloß. Als Österreich und Rußland es dann doch mit List hineinzuziehen versucht hatten, verscherzte der preußische Unterhändler die Möglichkeit einer wirksamen Aktion; in Schönbrunn ging er sogar ins feindliche Lager über.

Mit diesem Ereignis setzen die Mitteilungen ein, in denen Haugwitz die Hauptmomente seiner Tätigkeit im Dienste der preußischen Politik schildert. „Das Messer an der Kehle“, erzählt er in der grundlegenden¹⁾ Unterredung vom 5. Oktober, „habe ich einen Vertrag unterzeichnet, durch den ich mir den Haß vieler Leute zugezogen habe; aber ich tat dann Folgendes. Nach meiner Ankunft in Berlin habe ich den König gebeten — mehrere Personen können es bezeugen —, mich zu desavouieren und zu entlassen. Die Furcht vor einer plötzlichen Explosion hat ihn zurückgehalten; er ratifizierte meinen Vertrag, indem er ihm jedoch wichtige Einschränkungen einfügte.“²⁾ Haugwitz will den Glauben erwecken, als habe er den König durch Bitten zur einfachen Ablehnung zu bestimmen versucht; von diesem sei zwar der Vertrag angenommen, aber mit Einschränkungen versehen worden. Wesentlich anders stellt sich das Verhalten des Ministers nach amtlichen Schriftstücken dar. In seinem Bericht über die Sendung an Napoleon, der das Datum des 26. Dezbrs. trägt, heißt es: „Dem König steht es frei, zwischen der Ratifikation

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 236.

²⁾ Das. S. 237.

des durch die beigefügten Klauseln modifizierten Vertrags oder dem Krieg zu wählen. Im letzteren Falle bin nur ich kompromittiert, und welcher Patriot würde es sich nicht zum Ruhme anrechnen, ein solches Opfer zu bringen.¹⁾“ Freie Wahl zwischen der Annahme des durch ihn modifizierten Vertrags oder dem Krieg stellt der Minister seinem königlichen Herrn anheim. Er ist bereit, sich im Kriegsfall zu opfern; denn mit der Bloßstellung würde konsequenter Weise die Forderung seiner Entlassung verknüpft sein. Dadurch aber, daß er einerseits die Einwendungen widerlegt²⁾, die man gegen die Annahme des Vertrags geltend machen könnte, andererseits seine Vorteile ausmalt³⁾, empfiehlt er indirekt, ihn anzunehmen.⁴⁾ Unverkennbar tritt derselbe Gedanke auch in dem Nachtrag zur Denkschrift zu Tage.⁵⁾ Die Bedenken, die er dort über die bedrohlichen Positionen der Franzosen laut werden läßt, kennzeichnen, welche Entscheidung er wünscht und befürwortet.

Der Minister Hardenberg hat behauptet, „Haugwitz habe von Anfang an ohne irgend eine Aufforderung geäußert, man müsse den Traktat . . . — dies sei schon seine Absicht in Wien gewesen — mit Modifikationen ratifizieren . . . “⁶⁾ Allerdings ist in dem Bericht eine Wendung gebraucht⁷⁾, die

¹⁾ Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg V, 236.

Zusammenfassend bemerkt er nochmals: En résumé, j'en rapporte la conviction que nous n'avons plus que le choix de deux partis: la ratification du traité telle que je la propose ou la guerre.

²⁾ Das. S. 238 ff.

³⁾ Das. S. 240 f.

⁴⁾ Ganz im Gegensatz zur Äußerung im Journal; J'ai prié . . .

⁵⁾ Denkw. Hardenb. V, 262.

⁶⁾ Das. II, 236.

⁷⁾ Das. V, 233. Wenn sie in verstärkter Form im Erlaß vom 8. Jan. 1807 an den preußischen Gesandten in Petersburg, Grafen Goltz, auftritt, so ist dazu zubemerkend, daß durch die Modifikationen besonders auch die Rußland feindlichen Bestimmungen gemildert wurden; vgl. S. 276.

zu einer solchen Mutmaßung Anlaß geben könnte; es liegt aber kein Grund vor, sie in diesem Sinne aufzufassen.

Später hat der Graf versichert, damals die Anschauung vertreten zu haben, daß man den Vertrag ohne Abänderungen annehmen oder rundweg ablehnen müsse.¹⁾

Im ganzen sind es drei Behauptungen, die einander widersprechen. Die letzte, Wahl zwischen einfacher Annahme oder Ablehnung des Vertrags, hat er zur Zeit der Beratungen wohl nicht vertreten. Ebenso wenig ist anzunehmen, er habe anfangs die strikte Ablehnung desselben befürwortet²⁾. Sicher ist nur, daß er bald den Mittelweg, Annahme des modifizierten Vertrags, gewählt hat — ob schon in Wien, bleibe dahingestellt. Von ihm und dem Kabinettsrat Lombard sind auch die Restriktionen entworfen³⁾; wenn er im Gespräch mit dem

¹⁾ In seinem Memoirenfragment, das Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts verfaßt wurde (nach dem Erscheinen von Walther Scotts „The life of Napoleon I.“ 1827; das Fragment ist dann dem König eingereicht worden: Brief Friedr. Wilh. III. vom 8. Oktober 1829 in Minutoli, Der Graf von Haugwitz und Jobst von Witzleben S. 30) und 1837 in Brans Minerva, im selben Jahr auch als Sonderdruck erschien. Minerva 1837 IV, 29: Dans l'opinion du négociateur il fallait ratifier le traité qu'il avait signé avec Napoléon ou bien le rejeter

Es kann nicht zweifelhaft sein, wohin H.' Auffassung neigt, aber es ist nicht richtig, wenn Kieseritzki (die Sendung von Haugwitz nach Wien . . . Gött. Diss. 1895 S. 44 n. 2) schreibt: In einem Memoirenfragment . . . sagt er (H.) allerdings, man hätte den Vertrag so, wie er vorlag, annehmen sollen.

Sorels Annahme (L'Europe et la révolution française VII, 22), Haugw. habe die einfache Ratifikation des Vertrages angeraten, ist falsch, da in der von ihm erwähnten Beratung beschlossen wurde, den Vertrag nach Haugwitz' Antrag mit Modifikationen anzunehmen (Denkw. Hardenb. II, 389).

²⁾ Vgl. Obser, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden V, 494 f.: Der badische Gesandte Graf Degenfeld an den Minister Edelsheim, München 26. 12. 06.: Von Seiten Preußens, versichert Degenfeld, drohe keine Gefahr mehr, Graf Haugwitz sei befriedigt aus dem Hauptquartier abgereist.

³⁾ Denkw. Hardenb. V, 236; II, 389.

französischen Gesandten Laforest den Sachverhalt verschleiert¹⁾, so ist dies aus diplomatischen Gründen verständlich.

Der Minister hatte die Genugtuung, die vorgeschlagenen Einschränkungen angenommen und dem Vertrag beigefügt zu sehen. Jetzt galt es, die Ratifikation desselben in Paris herbeizuführen. Wer war zu dieser Mission geeigneter als er! Gentz gegenüber versucht er die Sendung mit dem beunruhigenden Schweigen zu begründen, das die französische Regierung über die Modifikationen beobachtet habe.²⁾

Die Unterzeichnung des modifizierten Vertrags in Berlin fand am 4. Januar 1806 statt³⁾. Am folgenden Tage⁴⁾ berichtete Laforest darüber an den Fürsten Talleyrand, der sich ebenso wie auch Napoleon wegen der Hochzeit des Vizekönigs von Italien mit der Prinzessin Auguste von Bayern in München befand. Am 14. Januar trat Haugwitz seine Reise an⁵⁾. Da die Kouriere zwischen Berlin und München wenigstens 4—5 Tage gebrauchten⁶⁾, so konnte Laforest kaum zum 14. Januar Antwort auf seinen Bericht erhalten, geschweige denn vorher. Der Kourier Louis Defal, der das Schreiben Talleyrands vom 16. Januar überbrachte, war mindestens 6—7 Tage unterwegs; er kam am 24. morgens in Berlin an⁷⁾.

Es ist daher vollkommen unverständlich, wie Haugwitz von einem „beunruhigenden Schweigen“ sprechen kann. Nicht dadurch wurde der König veranlaßt, ihn nach Paris zu schicken.

¹⁾ Bailleu, Preußen und Frankreich II, 432-Publikat. aus den preuß. Staatsarch. Bd. 75.

²⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 238.

³⁾ *Denkw. Hard.* II, 399 f.

⁴⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 430.

⁵⁾ Napoleons Aufenthalt in München war in Berlin bekannt. Haugwitz konnte voraussichtlich erst gegen Ende des Monats mit ihm zusammen treffen. Daraus erklärt sich der späte Termin.

⁶⁾ von Lettow-Vorbeck, *Der Krieg von 1806 u. 1807* I², 130.

⁷⁾ *Denkw. Hardenb.* II, 430: Bericht Laforests vom 26. Jan.; *Hard.* nennt als Tag der Ankunft den 23. Der Widerspruch findet dadurch seine Lösung, daß der Kourier in der Nacht vom 23. auf den 24. eintraf.

Seine Wahl fiel auf den Grafen, weil dieser wegen der in Brünn und Schönbrunn gewonnenen Eindrücke als die geeignetste Persönlichkeit erschien, die Genehmigung der Modifikationen von Napoleon zu erlangen¹⁾. Der Minister selbst lebte der Überzeugung, die große Beliebtheit, deren er sich bei dem französischen Kaiser zu erfreuen glaubte, werde alle Hindernisse aus dem Wege räumen²⁾. Eben deshalb war seine Sendung auch keine Eingebung des Augenblicks, sondern seit längerem geplant³⁾.

Im engsten Zusammenhang steht diese Behauptung mit der vorhergehenden. Hätte Haugwitz die wirklichen Gründe seiner Mission nach Paris angegeben, so würden seine vorgeblichen Bemühungen um die Ablehnung des Schönbrunner Vertrags hinfällig geworden sein; er sah sich deshalb zu einer andern Motivierung gezwungen, deren Unzulänglichkeit augenscheinlich ist. Zwar kann man von einem beunruhigenden Schweigen der französischen Regierung sprechen⁴⁾. Fast drei Wochen hatte das Berliner Kabinett auf Antwort zu warten, nachdem Laforests Kourier abgegangen war, und als Talleyrands Brief endlich ankam, enthielt er nichts von den preußischen Modifikationen. Graf Haugwitz aber war damals längst auf dem Wege nach Paris, den er mit gewohnter Langsamkeit zurücklegte.

Vermeinte er den Imperator in der Tasche zu haben⁵⁾, so sollte er bald aus diesem Wahn gerissen werden. In Paris mußte er sich zur Annahme eines bedeutend härteren Trak-

¹⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 433, 435; Denkw. Hardenb. II, 430 (Brief des Königs, im chronolog. Verzeichnis falsch zitiert!).

²⁾ Vgl. n. 1. Eine anschauliche Schilderung der H. beherrschenden Einbildung gibt der Graf selbst (Minerva 1837 IV, 30) und auch Lucchesini (Mém. et lettr. inéd. S. 275).

³⁾ Friedr. Wilh. an Napoleon, 4. Jan. 1806. Denkw. Hardenb. II, 402.

⁴⁾ Vgl. Bailleu, Briefwechsel Friedr. Wilh. III. mit Alexander I. S. 100: 19. März 1806 (Dahin ist das Datum in den Denkw. Hardenb. II, 546 zu verbessern).

⁵⁾ Nach Äußerungen Lucchesinis: Mém. et lettr. inéd. S. 275.

tats verstehen¹⁾. „Nur durch die größten Anstrengungen gelangte ich noch zum Vertrage vom 15. Februar,“ bekennt er selbst. „Als Herr von Lucchesini ihn nach Berlin zu bringen übernahm, waren wir miteinander übereingekommen, daß er den König zur Verweigerung seiner Ratifikation bestimmen sollte, wenn er bei seiner Ankunft die Armee wieder vereinigt fände. Aber er fand das Heer aufgelöst; aus Gründen, die Gott und vielleicht Herrn von Hardenberg bekannt sind, hatte man den König ohne mein Vorwissen zu dieser überstürzten Maßregel bewogen.“

Vor der Untersuchung des angeblichen Auftrags an Lucchesini ist es nötig, die Angaben über die Demobilisierung zu prüfen. Haugwitz war längst abgereist, als am 24. Januar hauptsächlich aus ökonomischen, finanzpolitischen Erwägungen heraus²⁾ beschlossen wurde, den größten Teil der Armee auf den Friedensfuß zu setzen. Hardenberg, der an der Konferenz wegen Krankheit nicht teilgenommen hatte, widersetzte sich nachträglich der Abrüstung nicht, forderte vielmehr den Abmarsch der russischen und englischen Hilfsvölker⁴⁾; durch ihn wurde Haugwitz von den gefaßten Beschlüssen und Maßnahmen benachrichtigt. Dieser hatte, obgleich ihm die unseligen Konferenzbeschlüsse noch nicht bekannt waren⁵⁾, —

¹⁾ Über die Verhandlungen in Paris vgl. zu Haugwitz' Erzählung (*Mém. et lettr. inéd.* S. 238) die ergänzende Lucchesinis (das. S. 276); in dieser ist irrtümlich nur von einer Konferenz die Rede, während Haugwitz in seinem Bericht vom 12. Febr. (*Denkw. Hardenb.* III, 471) von mehreren Unterredungen mit den französischen Staatsmännern spricht (vgl. *Denkw. Hardenb.* II, 463).

Zu Haugwitz' Bemerkung über Napoleons Zorn wegen des Novembervertrags ist zu vergleichen: Lucchesini an Haugwitz, 27. März und 22. Juli 1806. (*Bailleu, Preuß. und Frankreich* II, 449 u. 488.)

²⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 238.

³⁾ *Denkw. Hardenb.* II, 436; *Lombard, Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805, 06 et 07* S. 145: On la (l'armée) fit rentrer par économie.

⁴⁾ *Duncker, Preußische Jahrbücher* 39, 632 ff. — auch für das Folgende — und *Abhandlungen aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedr. Wilh. III.* S. 265 n.

⁵⁾ *Denkw. Hardenb.* II, 464.

gleichsam antizipierend — dem Kaiser bei der ersten Audienz, am 6. Februar, erklärt, der Rest der preußischen Truppen werde in seine Friedensgarnisonen zurückkehren¹⁾.

Am Abend desselben Tages erreicht ihn die Botschaft, daß dies wirklich geschehen ist. Er macht keine Einwendungen; am 8. Februar rät er ausdrücklich, bis zur Ankunft seines nächsten Kouriers an den getroffenen militärischen Anordnungen keine Veränderungen vorzunehmen.²⁾ Und dasselbe empfiehlt er am 12., trotz des dringenden Verdachts einer Kriegsabsicht Frankreichs, trotzdem er zu diesem Zwecke vorschlägt, den Herzog von Braunschweig über die Schwierigkeiten zu unterrichten, die man in Paris mache, und für den Fall, daß man den Bruch mit Frankreich voraussehen könnte, einen Plan für die Konzentration und Plazierung der Truppen aufzustellen³⁾.

Noch am 15. Februar entwirft er eine bedrohliche Schilderung der französischen Kriegsbereitschaft, ohne den Widerruf der Abrüstung vorzuschlagen. „Für den Kriegsfall,“ schreibt er, „muß sich Ew. Majestät darauf gefaßt machen, daß hier alles vorbereitet ist. Wir sind hier unterrichtet, und ich bedaure, daß man es in Berlin so wenig ist, über die Pläne und Mittel, welche man seit dem Aufenthalt des Kaisers in München vorbereitet, um für den Fall entscheidende Schläge auszuteilen, daß der Friede zwischen Frankreich und Preußen nicht auf Grundlagen gestellt würde, die Napoleon solide erscheinen⁴⁾“.

Man wird Haugwitz zugeben dürfen, daß der verhängnisvolle Beschluß ohne sein Vorwissen erfolgt ist; da ihm aber bald darüber Nachricht zuzuging, wußte er bei der Abreise Luechesinis, daß die Armee aufgelöst war. Er hat sich nicht

¹⁾ So behauptet er das. S. 466 (Rest: die mobile Armee außer den Besatzungstruppen für Hannover).

²⁾ Das. S. 468.

³⁾ Das. S. 474.

⁴⁾ Denkw. Hardenb. II, 482.

bemüht, die Maßregel rückgängig zu machen, was ihm als Kabinettsminister nicht unmöglich gewesen wäre, vielmehr geraten, den bestehenden Zustand nicht zu ändern. Hat nun Lucchesini den Auftrag gehabt, den König zur Verweigerung der Ratifikation zu bestimmen? Die Voraussetzung fällt nach dem Vorhergehenden weg; denn wie konnte der Minister erwarten, daß die Armee wieder auf den Kriegsfuß gesetzt sein würde, wenn seine Ratschläge nach Berlin sich nicht in dieser Richtung bewegten, sondern sogar die Erhaltung des bestehenden Zustandes anempfohlen! Aber auch angenommen, Haugwitz hätte mit dieser Vermutung recht gehabt, so widersprechen doch andere Zeugnisse dem Zweck, den er der Sendung des Marchese beilegt, vor allem seine eigenen.

Lucchesini habe, so charakterisiert er dessen Auftrag in seinem Bericht vom 15. Februar, dem König Nachrichten und Erwägungen zu unterbreiten, deren Kenntnis zur richtigen Beurteilung der Lage von Wichtigkeit sei. Er stellt dann die frühere Alternative, Ratifikation oder Krieg; für den Krieg malt er die Lage gar drohend aus und fügt hinzu: „Die Feder genügt nicht, in dieser Hinsicht alle Einzelheiten zu geben Das ist vor allem die wichtige Aufgabe, deren sich der Marquis Lucchesini unterzieht.“¹⁾ In keiner Weise wird hier der Anschauung Raum gegeben, daß der Gesandte einen auf Verweigerung der Ratifikation zielenden Einfluß ausüben sollte. Das Schreckgespenst des im Hintergrunde drohenden Krieges war nicht dazu angetan, kraftvolle Entschlüsse herbeizuführen. Daß Lucchesinis Berichterstattung den König in das friedliche Fahrwasser steuern mußte, unterliegt keinem Zweifel.

Unwahrscheinlich wird die Behauptung des Grafen ferner dadurch, daß er im selben Schriftstück als persönliche

¹⁾ Denkw. Hardenb. II, 482. Ähnlich im Memoirenfragment (Minerva 1837 IV, 30); hier erscheint Lucchesini als der von Haugw. Beauftragte, im Journal als der sich freiwillig dieser Aufgabe Unterziehende. Vgl. Denkw. Hardenb. II, 481.

Ansicht ausspricht, der mannigfachen Vorteile wegen sei es besser, den Vertrag anzunehmen als sich dem Kriege auszusetzen.¹⁾ Überhaupt rechnete er auf die Annahme; das lassen die Bestimmungen über schnellste Beförderung der Ratifikationsakte, über Lucchesinis Gegenzeichnung und die Geschenke für französische Staatsmänner schließen.²⁾ Deutlich aber geht aus dem gleichzeitigen Brief an Hardenberg hervor, daß die Wünsche des Kabinettsministers sich auf baldmöglichste Ratifikation des Vertrags erstreckten und daß er beim König einen dahingehenden Entschluß voraussetzt. Er beschwört Hardenberg, man möge keine Halbheiten beschließen, er hat Anlaß zu glauben, daß der König sich für die Ratifikation entscheide, und er bittet dringend, daß sie dann schnell und gern erfolge³⁾. Es ist also ausgeschlossen, daß er eine Tätigkeit Lucchesinis im entgegengesetzten Sinne inspiriert habe.

Damit wären auch dessen Selbstzeugnisse nicht zu vereinen. Das Protokoll der entscheidenden Konferenz unterzeichnet er mit dem Zusatz, hinsichtlich der Einzelheiten beziehe er sich auf das, was er dem König auseinanderzusetzen die Ehre hatte⁴⁾. Unmittelbar darauf schreibt er dem französischen Minister des Auswärtigen, seine Reise nach Berlin habe das Ergebnis gehabt, das er habe erreichen wollen⁵⁾, und beauftragt seine Gemahlin: „Sage Talleyrand, Seine Kaiserliche Majestät werde sehen, daß ich ein besserer Franzose bin als er denkt.“⁶⁾ Solch' kaptivierende Wendungen brauchte man

¹⁾ Denkw. Hardenb. II, 480: A ces considérations qui m'ont paru à moi assez fortes, pour signer plutôt le traité que de nous exposer à la guerre.

²⁾ Das. S. 482 u. 486.

³⁾ Das. S. 487. Ähnlich wird er Lucchesini instruiert haben.

⁴⁾ Das. S. 490.

⁵⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 444: an Talleyrand, 26. Febr.

⁶⁾ Allgemeine deutsche Biographie 19, 350. Offenbar bezieht sich Talleyrand auf diesen Brief in seinem Schreiben an Napoleon vom 5. März 1806 (Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon publ. par Bertrand S. 234), wenn er hervorhebt, daß aus ihm große Befriedigung spreche.

nicht hoch zu bewerten, wenn sie nicht durch das gestützt würden, was der gut unterrichtete Laforest über die Tätigkeit Lucchesinis in Berlin berichtet: „Die Wahrheit verlangt zu sagen, daß ich Grund habe, mit Lucchesini zufrieden zu sein. Ich habe sorgfältig beobachtet, und viele Mittel und Wege standen mir zu Gebote, seine Unterredungen mit dem König, der Königin usw. zu erfahren. Sie waren vollkommen den Umständen und den Informationen angepaßt, welche ihm über die Gemütsstimmung jedes einzelnen gegeben waren.“²⁾

Danach wird der Gesandte, die natürliche Friedensneigung des Königs benützend, für Annahme des Vertrags, gewirkt haben, eines Vertrags, der den Krieg mit England bedeutete.

Man sieht, die Tatsachen erscheinen im Munde der preußischen Staatsmänner in einem eigentümlichen Lichte. Es darf bereits danach von einer bestimmten Tendenz gesprochen werden, die den Minister Haugwitz für ein möglichst energisches Handeln eintreten läßt, und es wird sich herausstellen, daß dieser Gesichtspunkt auch bei den weiteren Mitteilungen hervortritt.

Haugwitz war zurückgekehrt — wie er sich den Anschein gibt — nichts weniger als in Friedensstimmung. Von Anfang an will er den Krieg gegen Napoleon betrieben, Friedrich Wilhelm erst zu der Notwendigkeit solcher Politik bekehrt

Madame de Lucchesini hatte also nichts Eiligeres zu tun, als den französischen Minister inoffiziell von der geschehenen Ratifikation in Kenntnis zu setzen.

Über Frau von Lucchesini vgl. Mémoires de Madame de Rémusat III, 30: La marquise de Lucchesini, avec assez de penchant à la coquetterie s'est montrée à Paris l'une des plus obséquieuses compagnes de madame de Talleyrand. Vgl. auch Mém. et lettr. inéd. S. 313 f.

Aus Talleyrands guten Gesinnungen (Denkw. Hardenb. II, 478) wird im Journal (Mém. et lettr. S. 238) eine Neigung zum System einer freundschaftlichen Union zwischen Preußen u. Frankreich. Er allein soll Napoleons Rachegefühle vorläufig zurückgehalten haben.

²⁾ Laforest an Talleyrand, 4. März 1806. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 445 n.

haben¹⁾, um dann — im Widerspruch damit — zu bemerken, der König habe sich seit März täglich am Vorabend der Explosion geglaubt.

Daß der Monarch sich in der Tat in jenen Monaten mit dem Gedanken des Widerstandes gegen den übermächtigen Feind vertraut machte, hat er selbst zu Hardenberg geäußert²⁾, und in dieser Zeit fallen Streiflichter auf seinen Gemütszustand³⁾, die ihn keineswegs als vertrauensseligen Alliierten Napoleons erscheinen lassen.

Wohl hat der Minister eine Einwirkung auf seinen königlichen Herrn ausgeübt, aber nach einer ganz andern Richtung hin. Nach besten Kräften hat er sich bemüht, ihn mit dem geschaffenen *modus vivendi* zu befreunden, um so mehr,

1) Mém. et lettr. inéd. S. 239: . . . qu'il fallait . . . saisir la première occasion, pour prévenir notre prétendu allié . . . Le Roi en fut enfin pleinement convaincu . . . (antizipiert S. 238: Il fallut donc céder encore; mais le Roi sut dès-lors que tout ce qu'il avait gagné, était du tems).

Nach S. 237 läßt er derselben Tendenz zu Liebe die Anschauung von der Unhaltbarkeit des Verhältnisses mit Frankreich sogar einige Jahre hinaufreichen; — . . . simulacre de paix . . . bezieht sich, wie der Zusammenhang erweist, auf den Zustand vor den Verträgen — nicht, wie Häusser (Deutsche Geschichte . . . II³, 666 n. 2) annimmt, — auf den Schönbrunner Vertrag.

Infolge seiner Vorstellungen, behauptet Haugwitz, seien 50000 Mann auf dem Kriegsfuß gelassen worden; die mobilen Streitkräfte sind aber höher gewesen. 50000 Mann waren gleich anfangs von der Demobilisation des 24. Januar ausgeschlossen (Hardenb. Denkw. II, 442 f.), welche Zahl am 9. Febr. durch die pommerschen u. märkischen Regimenter vermehrt wurde und zwar auf eigenste Initiative des Königs, der nicht länger mehr mit gebundenen Händen und Füßen die Ereignisse abwarten wollte (Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 439; vgl. Kriegsgesch. Einzelschriften I, 49).

Die verfügbaren Truppen waren nunmehr auf ca. 80000 Mann gebracht; diese Zahl in der Denkschrift vom 10. Juli (Denkw. Hardenb. V, 582); vgl. von Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806 u. 1807 I², 30, wo in der Fußnote die Notizen des Majors Kyckpusch falsch zitiert werden.

²⁾ Denkw. Hardenb. II, 564, vgl. 577-80; daß der König mit seiner Anschauung nicht allein stand, zeigt auch der Brief des Herzogs von Braunschweig an Hardenb. (Denkw. Hardenb. II, 584).

³⁾ Mitt. d. Inst. f. österr. Gesch. VII, 141, 147.

als er glaubte, gerade durch die Allianz mit Frankreich die aus dem Vertrag sich ergebenden Verwicklungen zu lösen¹⁾.

Wirkliche Sympathien für Napoleon hat Haugwitz damals wohl nicht empfunden. Die geheime Furcht wäre sonst nicht recht verständlich, die sich gelegentlich bei ihm kundgibt²⁾. Ende Juni verdichteten sich diese Befürchtungen zu dem Glauben, Napoleon plane den Krieg, und wirklich wurden Abwehrmaßregeln vorbereitet; von militärischer Seite ist dabei auch auf die Vorteile der Offensive hingewiesen worden. Des Grafen Denkschrift vom 10. Juli ist von kriegerischem Geist erfüllt³⁾.

Zu Weiterungen kam es vorläufig noch nicht. „Als Rußland und England ihre Friedensverhandlungen eröffneten, mußte von unserer Seite alles eingestellt werden.“ Im letzten Grunde war es allerdings die allgemeine politische Lage, deren Einfluß sich hierbei bemerkbar machte. Denn einerseits konnten

¹⁾ Denkw. Hardenb. II, 515 f. Bereits Haugwitz' Bericht vom 9. März. Wahrscheinlich hat schon Lucchesini dahin gewirkt. Vgl. das Konferenzprotokoll vom 2. März (Denkw. Hardenb. S. 503). Denkschrift des Ministers vom 19. Mai. Denkw. Hardenb. V, 346 ff.

Weisung für den Gesandten Jacobi-Kloest in London, 30. April 1806: N'oubliez pas que je ne veux pas aller au delà de mes engagements avec la France; mais je veux leur être fidèle . . . G. St.-A. Rep. XI, 180. Geheime Instruktion für den preußischen Kommissar in Hannover, Grafen Schulenburg, bei: Thimme, Die inneren Zustände Hannovers unter der französisch-westfälischen Herrschaft I, 144.

Recueil des traités par de Martens VI, 390: Aussi, quand Haugwitz avoua franchement au comte Stackelberg que la Prusse se voyait obligée de se jeter complètement dans les bras de la France . . .

Fournier, Napoleon I. II², 387: Weisung für Lucchesini (im Sinne der Denkschrift vom 19. Mai); noch am 15. Juni. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 468. Vgl. das. S. 488, wie Napoleon solche Versicherungen aufzunehmen geneigt war.

²⁾ Noch in Paris (Denkw. Hardenb. II, 480); vgl. Denkschrift vom 19. Mai. Das. S. 349.

³⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 476, 478; derselbe, Briefwechsel . . . S. 108 ff.

Preuß. u. Frankr. II, 483; vgl. Hohenzollern-Jahrbuch 1898 S. 249. Denkschrift des Grafen vom 10. Juli. Denkw. Hardenb. V, 349.

die eventuellen Friedensschlüsse Frankreichs mit England und Rußland die mit Preußen bestehenden Abmachungen wesentlich umgestalten; andererseits aber waren die Friedensverhandlungen geeignet, auf Napoleons Haltung gegen Preußen eine moderierende Wirkung auszuüben. Verbindliche Eröffnungen Frankreichs über den Rheinbund, die Einladung zur Bildung einer entsprechenden Konföderation im Norden Deutschlands mit der festen Zusicherung, Hannovers Rückgabe nicht zu verlangen, hatten denn auch eine vorläufige Hinausschiebung der Abwehrmaßregeln zur Folge¹⁾. Diese unmittelbaren Ursachen werden geflissentlich verschwiegen; ihre Wirkung wird in direkte Beziehung zu den großen europäischen Fragen gesetzt²⁾.

„Aber inmitten dieser Verhandlungen“, fährt Haugwitz fort, „und sogar, bevor wir die Sicherheit hatten, daß der Kaiser von Rußland dem von Oubril signierten Vertrag seine Ratifikation verweigern würde, war unser Entschluß gefaßt“³⁾. Im Zusammenhang der Darlegungen und in der vorliegenden Fassung besagt diese Behauptung, Preußen sei fest entschlossen gewesen, gegen Napoleon die Offensive zu ergreifen, bevor es der Nichteinigung Rußlands und Frankreichs sicher war. Eine zeitliche Festlegung erfährt sie durch die folgende Angabe, daß gerade zu diesem Zeitpunkt Lucchesini den letzten Schleier zerrissen habe, der die Treulosigkeit der französischen Regierung verdeckte, indem er nach Berlin Aufklärungen jeder Art gelangen ließ.

Tatsächlich wurde am 8. August die Mobilmachung des größten Teils der Armee angeordnet⁴⁾, unmittelbar ver-

¹⁾ Das nach Einlaufen dieser Nachrichten verfaßte Memoire (Denkw. Hardenb. V, 356 ff.) ist bedeutend friedlicher gehalten als das vom 10. Juli.

²⁾ Die Verhandlungen über den Nordbund erscheinen nur als Mittel, um Zeit zu gewinnen. *Mém. et lettr. inéd.* S. 249.

³⁾ Das. S. 239.

⁴⁾ Das. S. 239: . . les deux tiers de l'armée . . vgl. S. 244 (später!)

anlaßt durch die alarmierenden Nachrichten Lucchesinis vom 29. Juli, notwendig gefordert von der drückenden Lage Preußens inmitten der politischen Konstellation. Aber diese Maßregel war rein defensiv, als Abwehr gegen einen unvorhergesehenen Überfall geplant¹⁾. Als jedoch die Mobilmachung ungestört vor sich gegangen war, führten die preußischen Rüstungen allmählich zum Angriffskriege. Ihr eigenes Schwergewicht, die sich immer stärker äußernde offensive Strömung²⁾, dann aber besonders der Einfluß der politischen Konjunkturen — die verschiedensten Faktoren — haben dabei mitgewirkt.

Am 26. August wurde die Verwerfung des Oubrilischen Vertrags in Berlin bekannt, wo die Nachricht durchaus richtige Vorstellungen über die Wirkung dieses Ereignisses auf Napoleon hervorrief³⁾. Unmittelbar darauf wurde Graf Götzen nach Dresden geschickt, um den Anschluß Sachsens herbeizuführen; gleichzeitig unterzeichnete der Gesandte Waitz von Eschen den Allianztraktat für Hessen. Bald rückten preußische Truppen in Sachsen ein; General Graf Kalkreuth, der gegen die Schweden im Felde stand, wurde abberufen. In den ersten Septembertagen begann die preußische Regierung den Kabinetten von Petersburg, Wien und London über ihre Pläne Eröffnungen zu machen⁴⁾.

tout ce qui était resté en arrière, jusqu'au dernier régiment, a reçu ordre de marcher; vgl. von Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806/07 I³, 30.

Haugwitz verlegt den Mobilmachungsbefehl auf den 7. August; denselben Tag nennt er als Ankunftsstermin der folgenreichen Depesche Lucchesinis, und unter gleichem Datum läßt er den König an den Zaren schreiben „lui faisant part de la totalité de ses plans.“ Vgl. Exkurs.

¹⁾ Vgl. von Lettow-Vorb. I. c. S. 31.

Bailleu, Briefwechsel. . . S. 124. Friedr. Wilh. an Alexander, 6. Sept., bezeichnet treffend den anfänglichen Charakter der Rüstungen . . . pour ne pas être pris au dépourvu . . .

²⁾ Vgl. Mém. et lettr. inéd. S. 322. Von Einfluß auch die Opposition gegen Haugwitz. Das. S. 272, 322.

³⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 545. Vgl. von Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806 u. 1807 I², 108.

⁴⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 240; Gentz' Schriften IV, 257; Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels II, 149; Ompteda, Politischer Nachlaß I 1, 177.

Am 2. September empfing der König vom Zaren einen Brief, nach dem alle russischen Armeen an der Grenze bereit gestellt würden, um zu seiner Hilfe herbeieilen zu können¹⁾. Am gleichen Tage erfuhr man in Berlin die Erklärung Talleyrands, daß der Eintritt der Hansastädte in den norddeutschen Bund nicht geduldet werden könne²⁾. Diese Forderung bezeichnete der König als eine Unverschämtheit; er glaubte, dem Kriege nicht mehr ausweichen zu können³⁾. Auch von seinen diplomatischen und militärischen Ratgebern wurde er für unvermeidlich gehalten. Haugwitz drängte zur Entscheidung; denn nur, wenn Preußen sogleich entscheidende Schritte unternähme und sich ernstlich mit Frankreich engagierte, nur dann „würden die Negotiationen mit den Mächten, von denen man Hilfe erwartete, einen ganz bestimmten, schnellen und tätigen Gang nehmen.“ Man stimmte denn auch für eine nachdrückliche Offensive⁴⁾.

Strippelmann, Beiträge II, 151.

Gentz' Schriften IV, 260; Denkw. Hardenb. III, 167; Ompteda, Pol. Nachl. I 1, 176; vgl. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 506 u. n.

Das. II, 562.

Was Lucchesini (Mém. et lettr. inéd. S. 261) gegen des Kurfürsten Hinterhältigkeit sagt, widerlegt er selbst (Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 629).

¹⁾ Bailleu, Briefwechsel . . . S. 119. Undatiertes Konzept. Mém. et lettr. inéd. S. 240 wird als Ankunftsstermin Ende August angegeben. Das Eintreffen ist aber auf den 2. Septbr. festzusetzen nach Denkw. Hardenb. III, 137, wo der Inhalt des Schreibens in seinen charakteristischen Punkten (Ankündigung der Hilfeleistung und Bitte um Mitteilung des Kriegsplans) skizziert wird.

Der Zwischenraum zwischen der Ankunft desselben und der Antwort des Königs, die am 6. Septbr. erfolgte, würde bei jener Ansetzung unverhältnismäßig lang sein, was bei der Sachlage ausgeschlossen ist.

Vermutlich ist im Journal die Ankunft des Briefes mit dem Eintreffen der Nachricht von der Nichtratifikation des Oubrilischen Vertrags kontaminiert, das dann — weil zeitlich früher — auch hinaufrückt. (Vor die Abreise Knobelsdorffs, 23. Aug. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 637).

²⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 543.

³⁾ Bailleu, Briefw. S. 121; vgl. auch Beilage 2.

⁴⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 554 ff.

Das Ergebnis der ersten Audienzen des Generals Knobelsdorff, der Lucchesini in Paris ersetzte¹⁾, machte den Bruch offenkundig. Nun wurden Oberstleutnant Krusemarck und Baron Jacobi nach Petersburg bzw. London gesandt, um mit Rußland und England zu verhandeln. Am 21. Septbr. ging der König zur Armee ab; am 1. Oktbr. überreichte Knobelsdorff das preußische Ultimatum.

Die Mobilmachung bedeutete in der Tat den Anfang des Krieges. Napoleon hat sie gewissermaßen als Kriegserklärung *de facto* angesehen, nachdem das Schicksal des Oubrilischen Vertrags bekannt war. Vor dem Eintreffen dieser Kunde in Berlin aber kann von Offensivplänen Preußens nicht wohl die Rede sein²⁾; lebendig wurden sie erst, als man der Nichteinigung Frankreichs mit Rußland gewiß war. Napoleons Verhalten gegenüber den preußischen Forderungen führte dann endgiltige Beschlüsse herbei.

Abgesehen von einigen chronologischen Ungenauigkeiten, sieht man die Darstellung mehr und mehr in die Wirklichkeit einmünden. Wer durchweg reine historische Belehrung zu finden hoffte, dessen Erwartung war trügerisch. Auffallend ist diese Tatsache nicht, und es fehlt nicht an Hinweisen, die den Weg zum Verständnis zeigen. Wiederholt hat Haugwitz behauptet, er wolle Gents von der Weisheit der

¹⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 240; vgl. S. 255. Die Abberufung Lucchesinis erscheint hier als Folge einer ausdrücklichen Forderung; tatsächlich wurde die Entfernung nur nahegelegt. Bailleu, *Preuß. u. Frankr.* II, 514, 530.

Lucchesinis Äußerung über seine Berichterstattung (*Mém. . .* S. 153f.; vgl. S. 320) wird durch die Urkunden bei Bailleu nicht bestätigt; Die Angaben des Legationssekretärs Bohm über das lange Schweigen des Gesandten (*Mém. . .* S. 313) sind vorzuziehn. Vielleicht ist er erst durch Mitteilungen des Berliner Kabinetts an seine Pflicht erinnert. Vgl. Bailleu, *Preuß. u. Frankr.* II, LXXII.

Schon am 15. April (prés. 25.) berichtet Jacobi: On m'a rappelé que ce Souverain (Napoléon) avoit déclaré assez solennellement qu'il ne regardoit ce pais-là que comme un dépôt qu'il seroit prêt à restituer quand Malthe seroit rendu à l'ordre. *G. St.-A. Rep.* XI, 180.

²⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 316.

preußischen Politik und der Reinheit ihrer Absichten überzeugen, um — wie es an einer andern Stelle heißt — den unglückseligen Verdacht der Unaufrichtigkeit auszurotten, der auf dem Berliner Kabinett lastete¹⁾. Soweit die Tatsachen diesem Beweis widerstrebten, gestaltete er sie eben tendenziös um. Der Anfang der ausgesprochenen Kriegsabsicht gegen Frankreich wurde soweit hinaufgerückt, daß auch die Periode, die Preußen in den Ruf der Doppelzüngigkeit gebracht hatte²⁾, ohne Tadel erschien. Je mehr sich die Erzählung den letzten Ereignissen zuwandte, desto näher rückten auch Darstellung und Wirklichkeit. Dies ist verständlich, weil die preußische Politik schließlich in Wahrheit den Krieg gegen Frankreich vertreten hat.

Zweites Kapitel.

Lucchesini und Lombard über den Konflikt mit England und die Wiederannäherung Preußens.

Die Durchführung des Pariser Vertrags, dessen Annahme den von Frankreich drohenden Krieg hinausgeschoben hatte, zeitigte als unmittelbare Folge den Krieg mit England. Haugwitz streift die Entstehungsgeschichte mit keinem Wort; immerhin wäre es nicht uninteressant gewesen zu sehen, wie sich der Minister mit der Schwierigkeit abgefunden hätte, auch diese Epoche in der bekannten tendenziösen Beleuchtung erscheinen zu lassen. Aber einige Angaben über die Wiederaufnahme der Beziehungen, im Anschluß daran eine optimi-

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 224, 240, 242 . . . Von dem Mißtrauen gegen das Berliner Kabinett im allgemeinen und Haugwitz im besonderen zeugt fast jedes Blatt der Adairschen Berichte in jenen Tagen. Vgl. Adair, Historical memoir of a mission to the court of Vienna in 1806 S. 126, 127, 135 ff., 138, 142, 326, 329, 332 ff.

²⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 237.

stische Bemerkung ist alles, was er zu sagen hat¹⁾. Um so ausführlicher berichtet Lucchesini, ohne die günstige Gelegenheit zu abfälliger Kritik seines Kollegen unbenutzt vorübergehen zu lassen²⁾.

Von vornherein mahnt zur Vorsicht, daß seine Kenntnis durchweg aus 2. Hand stammt, da er den Pariser Gesandtschaftsposten bereits wieder angetreten hatte. Ein andres kommt hinzu, das Entscheidende. Seine Ausführungen sollen die Antwort auf die Frage des Publizisten geben, warum man den verhaßten Bedingungen des Pariser Vertrages nicht durch eine Verständigung mit England entgegengewirkt habe, wenn die Unterzeichnung nur durch Gewalt und Drohungen herbeigeführt sei³⁾.

Es wird also nicht eigentlich von den letzten Gründen des Zerwürfnisses gehandelt — die lagen in der Allianz mit Frankreich, im besonderen in der „Schädigung“ des englischen Handels durch die Fluß- und Hafensperre und der „Beraubung“ des König-Kurfürsten durch die Besetzung seines Erblandes Hannover — sondern vielmehr von den Faktoren, die es verhindert haben sollen, den üblen Folgen dieser Maßnahmen vorzubeugen. Man hätte, meint Gentz, — die von Haugwitz behauptete Kriegspolitik natürlich vorausgesetzt⁴⁾ — durch geheime Unterhandlungen von seinen wirklichen Absichten Mitteilung machen und die Unannehmlichkeit und das Ärgernis eines offenen Bruches vermeiden sollen⁵⁾; offenbar denkt er dabei an zufriedenstellende Erklärungen über die Ausführung der Hafensperre und die Rückgabe Hannovers. Aber damals war jene Wendung in

1) Mem. et lettr. inéd. S. 240, 244.

2) Hier tritt die häßliche Neigung des Marquis zur Intrigue hervor, die ihn unbeliebt machte. Vgl. Mém. et lettr. inéd. S. 303 auch 255, 275 f., 281, 294, 308.

3) Mém. et lettr. inéd. S. 277.

4) Vgl. das 1. Kapitel.

5) Mém. et lettr. inéd. S. 278.

den preußisch-französischen Beziehungen noch nicht eingetreten, die eine solche Politik gerechtfertigt hätte; man wollte im Gegenteil den Verpflichtungen des Vertrages treu sein, wie man sogar in London zu betonen für notwendig hielt¹⁾.

Lucchesini ignoriert dies tatsächliche Verhältnis. Vier Gründe für die „Unterlassungssünde“ führt er an²⁾:

- 1) die Gleichgiltigkeit und Gemächlichkeit des Grafen Haugwitz,
- 2) die zu dieser Zeit zwischen den beiden Parteien des Berliner Kabinetts herrschende Erregung, infolge deren Hardenberg die Hindernisse zu ungunsten des Grafen Haugwitz noch verschlimmert und vermehrt hätte,
- 3) die Überstürzung und Strenge, mit der Graf Schulenburg in derselben Absicht aus Ärger und Gereiztheit die Hafensperre ausgeführt hätte,
- 4) die persönliche Mißhelligkeit zwischen Haugwitz und dem englischen Gesandten Jackson.

Und zusammenfassend bemerkt er, daß all' diese untergeordneten Motive die Kriegserklärung vollends bewirkt und herbeigeführt hätten, bevor Graf Haugwitz in seiner gewohnten Langsamkeit und Nachlässigkeit einen Entschluß fassen können.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Haugwitz bei seinen Reisen nach Wien und Paris eine unglaubliche Saumseligkeit an den Tag legte, daß ein gleich schleppender, gemächlicher Gang auch seiner gewöhnlichen Geschäftsführung eigen war³⁾. Überraschen kann es daher nicht, wenn dies Charakteristikum auch bei den Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen des Vertrages und später hervortrat.

Kraft Artikel 1 und 3 hatte Preußen die Staaten des Königs von England in Deutschland in Besitz zu nehmen,

1) Vgl. Kap. 1 S. 18 und n. 1.

2) Mém. et lettr. inéd. S. 278 f.

3) Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 624; vgl. Denkw. Hardenb. III, 55, 104.

nach Artikel 4 die Flüsse und Häfen seines Nordseegebiets, sowie den Lübecker Hafen gegen England zu sperren und zwar in gleicher Weise, wie die Franzosen verfahren waren¹⁾. Zur Erklärung der letzteren Bestimmung trägt der Minister in einem erläuternden Begleitschreiben nichts Wesentliches bei. Wohl ist er sich der Folgen dieser „measure de police“ bewußt, glaubt aber, daß dem preußischen Handel nicht mehr Schädigungen erwachsen als bei einer französischen Besetzung Hannovers²⁾.

In der Konferenz, die am 2. März über die vorzunehmende Besetzung stattfand, kam dies denn auch zum Ausdruck. Da die Einzelheiten der französischen Maßnahmen nicht bekannt seien, die den preußischen als Regel dienen müßten, sollte Haugwitz die Pariser Regierung offiziell um Aufklärung bitten und dem preußischen Gouverneur, Grafen Schulenburg, Aufschlüsse, die ihm von nutzen sein könnten, sogleich zukommen lassen³⁾. Erst am 20. März antwortete der Gesandte in einem langatmigen Schreiben, in dem er nach einer weitschweifigen Entschuldigung nur mitzuteilen weiß: „Herr von Talleyrand sagte mir seiner Zeit: Die Sperrung der Häfen ist eine nur etwas strenge Polizeimaßregel; er betrachtet sie im Ernst nur als solche, und soweit ich mich selbst derjenigen erinnere, welche die Franzosen während ihres Aufenthalts in Hannover getroffen haben, war sie es wirklich nur.“ Im übrigen verweist Haugwitz darauf, daß man im Lande selbst Erkundigungen anstelle, um dann der Praxis des Marschalls Bernadotte folgen zu können, „ohne etwas in dieser Hinsicht zu überstürzen“⁴⁾.

¹⁾ Denkw. Hardenb. II, 483 f. In seinen Memoiren behauptet Haugwitz, bei den Verhandlungen in Schönbrunn sei die letzte Forderung ihm zuliebe aufgegeben. *Minerva* 1837 IV, 30.

²⁾ Denkw. Hardenb. II, 480 f.

³⁾ Denkw. Hardenb. II, 503 f.

⁴⁾ Das. S. 521. Hardenberg hat recht, wenn er hierzu bemerkt: Das Raisonement über die Schließung der Häfen verrät selbst seine Blößen, S. 525.

In der Konferenz hatte man alles Heil nur mehr in einem entschiedenen System gesehen; denn Napoleon, der ohnehin stets am guten Willen seines Alliierten zweifele, werde noch mehr dazu geneigt sein, wenn er glaubte, Preußen wolle sich die Tür für jede andere Verbindung offen halten¹⁾. Inwieweit die Anschauung der Teilnehmer indirekt von Haugwitz beeinflusst ist, läßt sich natürlich nicht bestimmen²⁾. In der Auffassung des Verhältnisses zu Frankreich zeigt sich jedenfalls kaum ein Unterschied³⁾, höchstens der, daß sie im Konferenzprotokoll einen schärferen Ausdruck gefunden hat. Sie bedeutete vor allem eine konsequente Durchführung der Vertragsbestimmungen, die sich gegen England richteten. Bevor der Bericht des Ministers in Berlin eintraf, waren dem Grafen Schulenburg, einem der Unterzeichner des Protokolls, der schon bei der Besetzung im Jahre 1801 die Verwaltung geleitet hatte, auch bereits die Richtlinien seines Verhaltens vorgezeichnet worden⁴⁾. Am 1. April wurde das Patent über die definitive Besitznahme Hannovers veröffentlicht, einige Tage vorher, am 28. März, mit den Sperrmaßregeln der Anfang gemacht⁵⁾.

Die Nachricht davon entfesselte in England einen Sturm der Entrüstung; laut erklärte sich die öffentliche Meinung gegen Preußen, so daß selbst gemäßigte Mitglieder des Kabinetts wider Willen zu strengen Maßnahmen hingerissen wurden; die Mehrzahl der öffentlichen Blätter gab sich ohne

¹⁾ Das. S. 503.

²⁾ Hierbei käme natürlich nur Lucchesini in Betracht. Vgl. Kap. 1 S. 15 f.

Der die entschiedene Absicht Schulenburgs betonende Ausdruck wurde fast wörtlich in die Kabinettsorder an Haugwitz vom 3. März übernommen.

³⁾ Vgl. Denkw. Hardenb. II, 515; 482.

⁴⁾ Thimme, Die inneren Zustände Hannovers . . . I, 143 f.

⁵⁾ Das. S. 143. Dort ist auch Näheres über die Ausführung mitgeteilt und den Schaden, den England wirklich erlitten hat. Vgl. S. 145.

Einschränkung plumpen Invektiven gegen das preußische Kabinett hin¹⁾.

Nicht sowohl die Okkupation Hannovers als vielmehr die Hafensperre veranlaßte, wie schon Jacobi am 21. März prophezeit hatte²⁾, die entschiedensten feindlichen Schritte. Am 5. April wurde die Beschlagnahme der preußischen Schiffe in englischen Häfen verfügt, am 11. die Blockade der Ems, Weser, Elbe und Trave proklamiert, durch Ordonnanz vom 16. April die Ausdehnung des Embargo auf alle Anwohner der Elbe — die dänischen ausgenommen — angekündigt und am 21. die königliche Botschaft an beide Häuser des Parlaments erlassen, in der außer den vorausgegangenen Anordnungen die Erteilung von Kaperbriefen an englische Kriegsschiffe angezeigt war³⁾. Das war der Krieg; die förmliche Kriegserklärung vom 11. Juni änderte kaum etwas an dem seit ungefähr zwei Monaten bestehenden Zustand⁴⁾.

Für die Entstehung des preußisch-englischen Konflikts ist Haugwitz also nicht allein verantwortlich zu machen, da die andern ausschlaggebenden Staatsmänner die von ihm in-

¹⁾ Depesche Jacobis vom 7. April. G. St.-A. Rep. XI, 180.

Namentlich über Hannover war die königliche Familie erregt und besonders der Prinz von Wales. Das.: . . . j'ai déjà eu l'honneur d'observer dans mes rapports précédens que le désespoir de la famille royale dans cette occasion étoit sans bornes . . . Quoiqu'il en soit j'ai lieu supporter que sans influence du prince de Galles le Gouvernement n'auroit pas ressenti par des mesures hostiles ouvertes l'occupation du Hanovre.

²⁾ Si je ne balancerai pas d'annoncer mes observations comme tendantes à me persuader que la prise de possession du Hanovre ne sera point regardée par le Cabinet de St. James comme un motif d'éclat contre la Prusse, je n'aurai garde d'avancer que la fermeture des ports de la Prusse & du Sund avec le consentement ou la connivence de Votre Majesté, que ces deux événemens dis-je n'excitent les mesures hostiles, les plus décidées. G. St.-A. Rep. XI, 180. Die entscheidenden Stellen sind mit Rotstift unterstrichen.

³⁾ Depeschen Jacobis vom 7., 11, u. 22. Apr. G. St.-A. Rep. XI, 180.

⁴⁾ Venturini-Bredow, Chronik des 19. Jahrh. S. 104. Vgl. Häusser, Deutsche Gesch. . . II,³ 677. Kriegserklärung Preußens an England.

augurierte Politik ausdrücklich billigten und vertraten. Die Ausführung der vertragsmäßigen Verpflichtungen fällt in seine Abwesenheit von Berlin.

Der Graf kehrte von Paris zurück, als die ersten Beschlüsse der englischen Regierung bereits ergangen waren, und ehe offizielle Kunde davon nach Berlin dringen konnte, waren in rascher Aufeinanderfolge auch die übrigen Repressivmaßregeln erlassen¹⁾. Noch vor der amtlichen Benachrichtigung durch den Gesandten beteuerte die preußische Regierung, zur Anwendung möglicher Schonung und Milderung gern geneigt zu sein²⁾. Man hielt an diesen Versicherungen fest und stellte alle denkbare Mäßigung in Aussicht, als die ersten Schritte der englischen Regierung bekannt wurden³⁾. Nachdem man alles erfahren hatte, bekam Schulenburg die Weisung, „vor der Hand und bis auf weiteren Befehl seien keine Repressalien gegen England zu gebrauchen, selbst wenn sich dazu Gelegenheit bieten sollte. Die Enthaltung davon und die strenge Beschränkung auf die bloße Sperrung der Ströme

Lefèbvre, Histoire des cabin. II², 281: 12 juin. Über den Charakter der engl. Repressivmaßregeln vom 20. April vgl. J. H. Rose, The life of Napoleon II, 69 n.: Napoleon was now not pledged to help Prussia in the war which Georg III. declared against her on April 20th.

¹⁾ Am 12. April Rückkehr des Ministers. Denkw. Hardenb. II, 599. Depesche Jacobis vom 7. April 24. prés.

²⁾ Ministerialreskript an Jacobi vom 21. April: Je serai très disposé à y apporter, dans la suite, de mon côté tous les menagemens et adoucissements possibles. G. St.-A. Rep. XI, 180.

³⁾ Ministerialreskr. vom 30. April. Enfin on savait bien que tous les arrangemens de ce genre sont susceptibles d'une multitude de tem-péramens, et, les premiers momens d'effervescence une fois passés, je serai sincèrement disposé [et ne demanderai pas mieux que les y mettre.] P. S. . . . elle (Anglet.) n'aura pas à se plaindre du soin que j'aurai, d'apporter tous les adoucissements imaginables à cette mesure, que dès lors, je m'entendrai certainement pas au delà de ce qu'elle étoit lors du séjour des François, où l'on savait qu'elle ne faisoit gueres de mal à l'Angleterre G. St.-A. XI, 180. [am Rande hinzugefügt].

Immer aufs neue wird an die Weisheit und Mäßigung von Fox appelliert! z. B. in den Reskr. vom 4. u. 30. April.

könnte vielleicht noch bewirken, daß englischerseits die beschlossenen Feindseligkeiten gemildert würden¹⁾. Ob die Beschlüsse der Ministerkonferenz vom 25. April darauf eingewirkt haben, entzieht sich der Kenntnis. Der dort gemachte Vorschlag, durch Unterhandlung mit Frankreich und sonstwie zu bewirken, daß die preußische Sperre gegen den englischen Handel aufgehoben werde²⁾, konnte praktische Bedeutung kaum beanspruchen.

Die Hebung des Streites hielt auch der leitende Minister für wünschenswert; er wollte sich auch mit Mitteln beschäftigen, die zur Annäherung an England führen könnten, aber nur insofern, als den Beziehungen mit Frankreich kein Eintrag getan würde³⁾. Und hätte Napoleon sich zum Verzicht auf die entscheidenden Artikel verstanden, wo es in seinem Plan lag, gerade durch Preußen auf England einen Druck auszuüben! Wohl hoffte man in untergeordneten Fragen auf seine Nachsicht, wagte aber die gänzliche Aufhebung der unbequemen Bestimmungen nicht in Vorschlag zu bringen⁴⁾. So war die pflichtmäßige Schließung des Lübecker Hafens und der Trave nicht ausgeführt worden⁵⁾, und man hielt es für notwendig, die Unterlassung durch entschuldigende Darlegungen zu motivieren: Man könne nicht glauben, daß Napoleon den preußischen Verpflichtungen eine so weite Ausdehnung zum Schaden des preußischen und auch des französischen Handels geben wolle. Aber gleichzeitig hatte Lucchesini die feierlichsten Versicherungen abzugeben, daß Bonaparte im König den treuesten Freund, den gewissenhaftesten Beobachter der Hauptbestimmungen finden werde⁶⁾.

1) Thimme, Die innern Zust. Hannovers I, 145 n. 2.

2) Lehmann, Freiherr vom Stein I, 400.

3) Mémoire vom 19. Mai. Denkw. Hardenb. V, 346 ff.

4) Das. S. 348. Vgl. III, 19, 23 ff.

5) „ S. 347. Vgl. III, 5; 9.

6) Fournier, Napoleon I. II², 387.

Die Blockade der Trave hoben die Engländer bald danach auf¹⁾, wohl auch aus Rücksicht auf die andern baltischen Staaten, Dänemark, Schweden und Rußland. Konzessionen zu machen, war England aber nicht gewillt; am 2. Juni erhielten sogar Private das Recht, Kaperei zu treiben²⁾.

Dann kam der Wechsel der preußischen Politik gegen Frankreich³⁾. Als man sich nun bereit erklärte, die Häfen wieder zu öffnen, forderte die britische Regierung als unerläßliche Bedingung jeder Annäherung die Restitution Hannovers, und diese Forderung wurde hinfort beständig aufrecht erhalten⁴⁾.

Das Fortdauern des Kriegszustandes bis zur förmlichen Kriegserklärung ist also weniger der nachlässigen Art Haugwitzischer Amtsführung als dem damaligen System Preußens zuzuschreiben: Dank der Allianz mit Frankreich vermeinte man beim allgemeinen Frieden das legitime Besitzrecht auf Hannover zu erlangen⁵⁾. Haugwitz war der Hauptvertreter dieser Politik, im einzelnen läßt sich der persönliche Anteil des Grafen an dem Verhalten gegen England nicht ganz herauslösen.

Er hat zwar vor Überstürzung hinsichtlich der Sperrmaßregeln⁶⁾ gewarnt; aber das will nicht viel besagen; denn schließlich mußten die betreffenden Artikel des Vertrags doch vollzogen werden⁷⁾. Nach seiner Rückkehr hat er die Voreiligkeit in der Ausführung stets schmerzlich beklagt⁸⁾; das

1) Venturini-Bredow, Chronik . . . S. 102.

2) Das. S. 104; vgl. Denkw. Hardenb. III, 9.

3) S. Kap. 1 S. 18 f.

4) Oncken, Österr. u. Preußen im Befreiungskriege II, 475 n. (Depesche des österr. Gesandten in London, Grafen Starhemberg, vom 25. Juni), 479.

5) Memoire vom 19. Mai. Denkw. Hardenb. V, 344 f.

6) Denkw. Hardenb. II, 521.

7) Schon Hardenberg macht auf das Dilemma aufmerksam. Denkw. II, 527.

8) Das. V, 347. Diese Klage tritt zuerst in einem Schreiben an Jacobi vom 1. Mai auf, also nachdem die engl. Repressivmaßregeln

war allerdings auch billige Münze, spricht aber immerhin nicht zu seinen ungunsten. Bei einem andern Umstand aber ist nicht festzustellen, ob der Minister eigener Initiative gefolgt ist. Er hat dem englischen Gesandten Fr. Jackson, der ihm seine Abberufung ankündigte, eindringlich vorgestellt, daß der gegenwärtige Zustand der preußisch-englischen Beziehungen von beiden Regierungen nicht als unerträglich angesehen werde; er drängte ihn, seine Abreise aufzuschieben und alle möglichen Mittel zu benützen, daß ein offener Bruch zwischen beiden Mächten vermieden würde¹⁾. Waren diese Bemühungen auch erfolglos, sie legen doch Zeugnis ab für den guten Willen, der den Grafen beseelte.

Eine Verstimmung, die zwischen ihm und dem englischen Gesandten bestanden haben soll, erwähnt dessen Bruder, der doch am ehesten davon unterrichtet sein könnte, in seinen „Diaries and letters“ mit keinem Wort. Im Gegenteil, es wird hier in äußerst schmeichelhafter Weise die Bereitwilligkeit hervorgehoben, die Graf Haugwitz dem bereits ohne Abschied²⁾ abgereisten Gesandten bei der Rückreise seiner Gemahlin erwies. Er eröffnete dem Bruder, es sollte keine Mühe gescheut werden, seiner Schwägerin die Reise so bequem wie möglich zu machen und betonte ausdrücklich: Dies ist nicht die Sprache bloß alltäglicher Höflichkeit, sondern rührt von der wahren Hochachtung her, die ich für ihren Bruder

z. T. bekannt waren: Nos rapports actuels avec l'Angleterre me peinent et m'affligent! Avec un peu moins de précipitation dans la marche avant mon retour de Paris on eut pu prévenir l'état où ils se trouvent. G. St.-A. XI, 180.

Diese Meinung hat den Minister weiter beherrscht. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 545 (28. Aug.); vgl. Denkw. II, 527.

¹⁾ G. Jackson, Diaries and letters I, 426 f; vgl. Ompteda, Polit. Nachlaß III, 158.

²⁾ G. Jackson, Diaries and letters I, 444 f.

Der Legationssekretär G. Jackson war in Berlin zurückgeblieben. Ebenso führte später der Legationsrat Balan nach der Abreise Jacobis, die erst im August erfolgte, die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft provisorisch fort.

empfinde, von der längen und innigen, sowohl amtlichen wie gesellschaftlichen Verbindung, in der ich zu meiner Genugtuung mit ihm gestanden habe¹⁾. George Jackson urteilt darüber: Kurz, nichts konnte verbindlicher sein als die Art und Weise, mit der er meines Bruders Ansuchen aufnahm²⁾.

Bei dieser Gelegenheit — wo es vielleicht am Platze gewesen wäre — erfährt man jedoch nichts von einer Entfremdung, die vorher zwischen beiden Diplomaten bestanden hätte.

Zwischen den beiden preußischen Ministern, Haugwitz und Hardenberg, hat während ihrer gemeinsamen Wirksamkeit kaum ein freundschaftliches Verhältnis stattgehabt; es verschlechterte sich wesentlich, als Hardenberg dem Willen Napoleons geopfert wurde und nahm später allmählich einen offenkundig feindseligen Charakter an. In der amtlichen Korrespondenz mit der Londoner Gesandtschaft tritt nicht hervor, daß Hardenberg irgendwie zum Nachteil des Grafen Haugwitz Schritte getan habe. Soweit es im Rahmen der Verpflichtungen möglich war, die der Vertrag auflegte, war man, wie sich aus den Weisungen an Jacobi erkennen läßt, durchaus bemüht, „die üblen Eindrücke zu mindern“³⁾. Als der Eindruck der Maßnahmen auf die englische Regierung bekannt geworden war, hatte Hardenberg dem Grafen

¹⁾ Das. S. 445: „This“, he went on to say, „is not the language of mere common place civility, but proceeds from the real esteem I feel for your brother, from the long and close connection, both public and private, I have had the satisfaction of holding with him.

²⁾ Das.: In a word, nothing could be more obliging than the manner, in which he received my brother's request.

³⁾ Denkw. Hardenb. II, 527. An Jacobi, Berlin, 25. März 1806: Cependant je suis bien loin de vouloir rien presser à cet égard et je ne demanderai pas mieux que les différer au moins le plus longtems possible relativement à ce port (Emden) . . . On ne renchéra pas de ma part sur les arrangemens pris par les François durant leur séjour dans le Hanovre.

31. März: J'ai donné ordre à mes commandans des ports, d'éviter les mesures extrêmes et d'user en général de tous menagemens que les circonstances permettent. G. St.-A. XI, 180.

bereits Platz gemacht. Die Behauptung, als habe er aus rachsüchtigen Motiven — mit Hilfe seiner Beliebtheit in England¹⁾ — gegen dessen Politik Stimmung gemacht, läßt sich nicht beweisen. Vielleicht mag die Märtyrerkrone, die Napoleon dem Minister verschafft hat, dazu beigetragen haben, diese Meinung, wenn sie überhaupt gehegt worden ist, entstehen zu lassen.

Wie Hardenberg so soll auch Schulenburg zum Schaden des Grafen gehandelt haben. Aus Ärger und Gereiztheit, behauptet Lucchesini, habe er die Maßregel der Hafensperre überstürzt und mit einer Strenge ausgeführt, die weit über die Absichten der französischen Regierung hinausging. Ich habe nicht feststellen können, ob zwischen Haugwitz und dem Gouverneur eine Spannung bestanden hat, die ein solches Verfahren erklärlich machen könnte²⁾. Der Umstand, daß jener den Vorwurf der Überstürzung nur ganz allgemein erhebt³⁾, spricht eigentlich dagegen.

Haugwitz glaubte, diesen Vorwurf erheben zu müssen, trotzdem jene Maßnahme eine notwendige Folge der Konferenzbeschlüsse vom 2. März war, die doch eigentlich in seinem Sinne gefaßt waren. Wie aber verhält es sich mit dem andern, den Lucchesini dem Grafen Schulenburg macht?

Französische Quellen behaupten allerdings, daß Preußen eine unbeugsame Strenge in der Anwendung dieser Prohibitivmaßregeln entfaltet habe⁴⁾. Dies Urteil kann jedoch durch die Mitteilungen der preußischen Diplomaten in Paris

¹⁾ Vgl. das. S. 614.

²⁾ In Hannover jedoch hat Schulenburg (auch schon 1801) unter der Unfreundlichkeit der Bevölkerung und ihrem Mißtrauen zu leiden gehabt. Noch ärgerlicher für ihn war das Benehmen der französischen Generale, weshalb er verschiedentlich um Enthebung von seinem Posten nachgesucht hat.

Vgl. Thimme, Die inneren Zust. I, 141 ff. u. Mitt. d. Inst. f. österr. Gesch. VII, 147.

³⁾ S. S. 31 n. 8.

⁴⁾ Z. B. Lefèbvre, Histoire des cabinets II², 280.

oder den Bericht des Generals Rapp beeinflußt sein, der die getroffenen Anstalten inspizierte. Es ist selbstverständlich, daß man gerade gegenüber Frankreich den festen Entschluß des preußischen Kommissars hervorhob, die Abmachungen in ihrer ganzen Strenge auszuführen, und Haugwitz und Lucchesini haben es sich gewiß angelegen sein lassen, die Erklärungen womöglich noch zu verstärken¹⁾. Demselben Zweck scheint auch die in scharfen Ausdrücken gehaltene öffentliche Instruktion des Gouverneurs zu dienen im Gegensatz zur geheimen mit bedeutsamen Einschränkungen²⁾. Wenn der General Rapp dem Kommissar erklärte: „Eure Anstalten sind so vollkommen, daß ich glaube, wir würden hinter Euch zurückgeblieben sein“³⁾, so ist diese Äußerung eben als Kompliment aufzufassen.

Unverständlich wäre ja auch, daß Haugwitz, der doch immerfort die Überstürzung der Maßnahmen gegen den englischen Handel beklagt, in diesem Zusammenhang die rigore Ausführung unerwähnt lassen sollte, wenn sie wirklich stattgefunden hat⁴⁾.

Schulenburg wird im Sinne seiner geheimen Instruktion alles sorgfältig vermieden haben, was England noch mehr als die Sache selbst reizen konnte.

Man kann sich also des Eindrucks nicht erwehren, daß von Lucchesini eigentlich nur Scheingründe ins Feld ge-

¹⁾ Vgl. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 458.

Die Stelle des Konferenzprotokolls vom 2. März, wo die verschiedene Absicht Schulenburgs betont wird (Denkw. II, 504), beweist nicht viel für die Tatsächlichkeit; sie wurde fast wörtlich in die Kabinettsorder vom 3. März an Haugwitz (das. S. 506) übernommen, deren Inhalt für die französische Regierung bestimmt war.

²⁾ Thimme, Die inneren Zustände . . . I, 143 f.

³⁾ Das. S. 142. Hinsichtlich der weiteren Anordnungen z. B. gegen das Ausladen englischer Waren hat Sch. selbst erklärt, „auch nicht den kleinsten Schritt weiter zu gehen, als die Franzosen während der Jahre 1803—05 gegangen sind.“

⁴⁾ Die Angaben über Hardenberg und Schulenburg fehlen in der Übersetzung der Minerva.

führt werden¹⁾. Gentz gibt sich zufrieden, fügt aber — für sich und den Leser — ein wichtiges Argument hinzu, das für die damalige Haltung der preußischen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Er kann darauf hinweisen, daß der Krieg mit England von mehreren preußischen Ministern einer Unterhandlung vorgezogen sei, welche ihnen die Aussicht auf Beibehaltung Hannovers genommen hätte, da sie ohne die dabei angewandten Mittel gützuheißen, dieser Erwerbung einen hohen Wert beilegte²⁾. Neben dem Zwang der militärischen Lage war es ja in der Tat eine Art Interessenpolitik, die den Anschluß an Frankreich empfohlen hatte. Auf diesen Punkt zurückzukommen, bot sich dem Publizisten eine Gelegenheit bei der Diskussion über die Wahl des Zeitpunkts, an dem die Rüstungen begonnen waren. Da hatte er bemerkt, die preußischen Staatsmänner leugneten nicht, daß der unmittelbare Grund derselben der Plan Napoleons gewesen wäre, ihnen Hannover zu entreißen. Lucchesini aber hatte sich einer positiven Erklärung zuerst durch die sehr geschickte Ausflucht zu entziehen gesucht, nicht so sehr die Furcht vor dem Verlust Hannovers als vielmehr die Treulosigkeit der französischen Regierung habe sie dazu getrieben. Er zitiert dafür — hier bedeutend entschiedener klingende — ministerielle Äußerungen: Nun, wo die Angelegenheit einmal so weit gediehen wäre, könnte man nicht mehr zurück; denn dieser Besitz sei für Preußen von unumgänglicher Notwendigkeit. Daraufhin erklärte sich der Gesandte freimütiger. Für die ganze Frage müßten die Verhandlungen mit England maßgebend sein. „Wenn diese Macht auf der Restitution bestände und sich kein Mittel fände, sie zum Verzicht zu bewegen, so würde man Hannover lieber zurückgeben als gegen ihren Willen behalten, jedoch

¹⁾ Vgl. *Mém. et lettr. inéd.* S. 251 f.

²⁾ *Das.* S. 279.

vorbehaltlich irgend einer günstigen Entschädigung in den Ergebnissen eines glücklichen Krieges“¹⁾.

So geneigt zur Restitution der Kurlande, wie die preußische Regierung hier erscheint, war sie nun tatsächlich nicht. Dennoch kommt die Versicherung der Wahrheit nahe, da Preußen allerdings bei den Verhandlungen erklären ließ, es werde Hannover nicht als legitimen Besitz betrachten, solange nicht der König von England seine Zustimmung gegeben hätte²⁾. Daß die Zurückgabe erst beim allgemeinen Frieden erfolgen sollte, verschweigt Lucchesini, ebenso, daß man bis dahin aus militärischen Gründen die Besetzung des Landes forderte³⁾.

Die Erfahrungen der letzten Jahre hatten deren Notwendigkeit nahegelegt und einen dauernden Besitz wünschenswert gemacht. Bereits 1801, als der Kurstaat auf dringendes Verlangen Rußlands von Preußen besetzt worden war, hatte man in Berliner staatsmännischen Kreisen zeitweise an die Erwerbung Hannovers gedacht, unter Verzicht auf sonstige Entschädigungen für die abgetretenen linksrheinischen Besitzungen. Friedrich Wilhelm aber war diesem Projekt innerlich abgeneigt und scheute auch vor den mit der Verwirklichung verknüpften Schwierigkeiten zurück. Es kam später zum Entschädigungsvertrag mit Frankreich, und der Reichsdeputationshauptschluß verschaffte dem Staat im Süden Hannovers einen

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 321 f.

²⁾ Der russische Legationssekretär Nikolai an den Gesandten a. D. S. Woronzow, London, 16. Oktobr.: J'ai été voir le baron Jacobi . . . Quant au Hanovre, ils ont imaginé une déclaration au nom du roi tout-à-fait à leur manière: que sa majesté ne croyait nullement avoir des titres suffisants pour la possession du Hanovre, tant que le roi d'Angleterre n'y eût pas donné son consentement! Archiv des Fürsten Woronzow Bd. 22, 347.

³⁾ Depesche an Lord Morpeth, London, 11. Oktbr.: These (Jacobis propositions) however as explained in his conversation this morning, only extended to a promise of the restoration of Hanover at a Peace . . .

Bericht v. d. Deckens an Walpole, Hamburg, 22. Septbr.: If Prussia goes to war with France, it wishes to keep the military

zwar bedeutenden Zuwachs, der ihn aber nur noch zerrissener machte¹⁾.

Bei Wiederausbruch des Krieges zwischen England und Frankreich war Hannover von Mortier besetzt und damit in unmittelbarer Nähe Berlins eine französische Machtstellung geschaffen worden. Als Preußen dann die aus der französischen Okkupation herrührenden Schädigungen seines Exporthandels am eigenen Leibe erfuhr, hat man es in Berlin oft beklagt, bei Festsetzung der Entschädigungen nicht das Kurfürstentum erworben zu haben. Seit 1804 wünschte auch der König den Eintausch desselben gegen seine westfälischen Besitzungen. 1805 bemühten sich beide Parteien, den preußischen Staat auf ihre Seite zu ziehen, dadurch, daß sie ihm die Erwerbung Hannovers zusicherten bzw. in Aussicht stellten. Bekannt ist der geschichtliche Verlauf dieser Verhandlungen, bekannt, wie Preußen schließlich in den vorläufigen Besitz des Landes gelangte, dem nun die strategischen und handelspolitischen Voraussetzungen fehlten, die ihn wertvoll gemacht hatten²⁾.

In Hannover ließ die preußische Regierung, indem sie die Administration allmählich in die preußische Verwaltungspraxis überführte, jetzt gar keinen Zweifel darüber, daß man eine dauernde Besetzung im Sinne habe³⁾. Der Kabinettsrat Beyme sprach am 30. Juni vor einer hannoverschen Deputation aus, es sei der feste Entschluß gefaßt, die

possession of Hanover, until a certain indemnification has been pointed out. F. O. Prussia, Vol. 73, 71.

Vgl. G. Jackson, Diaries and letters II, 18: . . . it was his (des Königs) fixed determination to keep, giving as a reason, the importance and necessity of that country to him for maintaining the independence of the North of Germany.

¹⁾ Vgl. Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss. n. F. II, 262 f., 266 ff. auch G. St. Ford, Hanover and Prussia 1795-1803, Kap. 7 u. 8, für das Folgende Kap. 9.

²⁾ Ulmann, Russisch-preußische Politik S. 131, 316.

³⁾ Thimme, Die innern Zust. I, 154 ff., 167-174.

hannoverschen Provinzen mit den übrigen Staaten zu vereinen und ihren Besitz durch die Macht der Waffen zu behaupten¹⁾. Der König, dessen loyaler Gesinnung derartige Äußerungen fremd waren, wünschte gleichwohl, daß ein baldiger Friede alles konsolidieren möge²⁾.

Auch Rußland gegenüber ließ man es nicht an Hinweisen fehlen, wodurch die Notwendigkeit des dauernden Besitzes dargetan werden sollte³⁾. Nach der Mobilmachung war es nicht ganz leicht, diesen Standpunkt zu vertreten⁴⁾. Die Organisation der hannoverschen Behörden und Einrichtungen nach preußischem Muster wurde aber fortgesetzt; Petitionen um Aufhebung dahingehender Verfügungen erhielten ungnädigen Bescheid⁵⁾.

Preußen rechnete noch immer darauf, beim künftigen allgemeinen Frieden seine Wünsche erfüllt zu sehen. Englands hochgespannten Erwartungen jedoch, besonders aber der unerbittlichen Forderung des Königs⁶⁾, genügten nicht einmal die weit entgegenkommenden Erklärungen Jacobis.

¹⁾ Das. S. 170.

²⁾ Das. S. 170; vgl. auch den schriftl. Bescheid vom 24. Juni: Der König werde . . . nur solche Veränderungen vornehmen, welche notwendig seien, um die hannoverschen Lande mit seiner Monarchie auf das innigste zu vereinigen . . . Weder ehrgeizige noch ländergierige Absichten, sondern nur die durch Erfahrung begründete Überzeugung, daß die Einverleibung der hannoverschen Lande in die preußische Monarchie zur beiderseitigen Wohlfahrt und Sicherheit schlechthin notwendig sei, haben mich zu dieser Vereinigung und den damit verbundenen großen Opfern bestimmen können.

³⁾ Bailleu, Briefwechsel . . . S. 111. Vgl. Denkw. Hardenb. III, 8, 34.

⁴⁾ Bailleu, Briefwechsel . . . S. 122; s. Beilage 2.

⁵⁾ Thimme, Die inneren Zust. I, 174 ff.

⁶⁾ Brief Georgs III. an Friedr. Wilhelm, 14. Oktbr. C'est donc avec un regret bien pénible que je me trouve dans la nécessité de Vous avouer franchement qu'il ne me paroît, ni aux expressions générales de Votre Majesté ni aux propositions jusqu'ici énoncées par le Baron Jacobi-Kloest à mes Ministres que Votre Majesté soit prête à adopter la seule base qui peut servir au rétablissement de la bonne harmonie entre nos Peuples. Cette base, c'est la restitution immédiate du Hanovre . . . G. St.-A. XI, 181.

Man war in London keineswegs gewillt, die Angelegenheit als „objet secondaire“ zu betrachten¹⁾, sondern bestand stets auf unverzüglicher Wiederherstellung Hannovers.

So verlief denn Jacobis Sendung resultatlos gleichwie die Mission Morpeths²⁾. Während Gents im Hauptquartier weilte, war die Entscheidung noch nicht bekannt; man dachte — trotz Haugwitz — aber nicht gerade optimistisch darüber. Der Geheime Kabinettsrat Lombard sagte dem Publizisten, er sei über die Absichten der Londoner Regierung nicht ohne Sorge; sie gründe sich auf die sehr kühle Aufnahme, die ihre ersten Eröffnungen dort gefunden hätten, und er vermute daher, daß England ihnen recht harte Bedingungen stellen werde³⁾. Lombard, dessen Äußerungen überhaupt als Ausfluß der Stimmungen zu betrachten sind, die im königlichen Kabinett herrschten, scheint auch hier den allgemeinen Eindruck der Nachricht wiederzugeben. In ebenderselben Weise hatte der Kabinettsrat Beyme sich schon im September ausgesprochen⁴⁾.

Die amtliche Korrespondenz mit der preußischen Gesandtschaft in London weist, wie auch die mit andern Gesandtschaften, gerade für diese Periode eine empfindliche Lücke auf⁵⁾. Es fehlen die Ministerialreskripte bei der Wieder-

¹⁾ Denkw. Hardenb. III, 142, 164.

²⁾ Vgl. Adair, *Historic. memoir* S. 477. Jackson, *Diaries* . . . II, 22.

³⁾ *Mém. et lettr. inéd.* S. 288.

⁴⁾ Lehmann, *Freiherr vom Stein* I, 424 n. 1: Beyme an Stein, 28. Septbr.: Man habe in London unsere Eröffnungen sehr kalt aufgenommen . . .

⁵⁾ Die fehlenden Papiere sind mit anderen von Haugwitz verbrannt worden. Vgl. Notiz des Archivdirektors Klaproth: Nach Aussage des Herrn Krieges-Raths de la Croix, welcher Sr. Excellenz dem Herrn Grafen von Haugwitz 1806 im Septbr. in das Hauptquartier des Königs Majestät gefolgt ist, sollen die Depeschen von den Monaten Aug.—Oktbr. bei einem vermuteten plötzlichen Überfalle der Feinde verbrannt sein. *G. St.-A. Rep.* XI, 156. Vgl. Denkw. Hardenb. III, 86 f. u. Bailleu, *Preuß. u. Frankr.* II, 481 n.

aufnahme der Beziehungen, es fehlt auch der Bericht des Legationsrats Balan mit der Antwort der englischen Regierung auf die ersten Eröffnungen Preußens. Nur die Depesche vom 23. Septbr. liegt vor, die wahrscheinlich im Hauptquartier angekommen ist und vielleicht gerade deshalb erhalten blieb. Balan berichtet hier, was ihm das Kabinett von St. James auf die in der Weisung vom 9. Septbr.¹⁾ enthaltenen Punkte geantwortet hat. Der Rapport erweckt nicht den Anschein, als habe sich die englische Regierung den preußischen Mitteilungen gegenüber sehr unfreundlich gezeigt. Nur ein Zug von Mißtrauen macht sich bemerkbar; der englische Minister, Lord Spencer, erklärte, daß die Blockade vorläufig — aber nur für eine bestimmte und kurze Zeit — aufgehoben sein würde und daß man sie wieder verhängen werde, wenn die beiden Höfe inzwischen zu keiner Verständigung gelangten²⁾.

In der Hauptfrage bestand allerdings ein tiefer Gegensatz. Der Lord hatte dem Legationsrat regelrecht wiederholt, daß eine positive Erklärung über die Restitution Hannovers immer die unerläßliche Bedingung einer Annäherung bleiben

¹⁾ Depesche Balans: Les ordres de Votre Majesté du 9 de ce mois sont les derniers qui me seront parvenus.

Über den Inhalt vgl. Haugwitz an den Herzog von Braunschweig, 9. Septbr. . . . On va encore déclarer à l'Angleterre que dès ce moment les rivières de la Mer du Nord sont rouvertes, comme elles le sont effectivement par le fait, à son commerce, et l'on doit supposer que dans ces circonstances elle ne balancera plus, non seulement de retirer toutes les mesures contre le commerce prussien mais aussi d'entrer avec nous dans un concert suivi . . . Bailleu, Pr. u. Fr. II, 562.

Die sich bei Bitterauf (Geschichte des Rheinbundes I, 347) — nach Strippelmann, Beiträge . . . II, 68 — findende Angabe der Wiederöffnung vor der Mobilmachung (Depesche des hess. Gesandten in Paris vom 11. Juli) fußt wohl nur auf einem Gerücht, das durch Jacobis Anerbieten hervorgerufen wurde (Kap. I. S. 31).

²⁾ Cependant après y avoir réfléchi et sur mon observation que la réouverture de ces rivières, quoique notifiée seulement de bouche n'en devoit pas moins être regardée comme certaine, il finit par m'informer que le blocus en question seroit levé provisoirement mais seulement pour un tems limité et très court & qu'on le reprendroit, si dans cet intervalle les deux cours ne parvenoient pas à s'entendre,

würde¹⁾. Und in Berlin hatte man vorausgesetzt, England werde in ein „concert suivi“ eintreten, hatte schon auf Grund der ersten Mitteilungen Subsidienangebote erwartet²⁾. Diesem Umstand wird die Mißstimmung zuzuschreiben sein, welche die erste Antwort in Berlin verursacht hatte; denn der Kabinettsrat schließt mit der Drohung, besiegt oder als Sieger werde der König immer ein Mittel finden, die Engländer eines Tages eine grausame Gleichgiltigkeit (für das Schicksal des Kontinents) oder eine deplazierte Hartnäckigkeit (in der hannoverschen Frage) bereuen zu lassen³⁾.

Lombards Erklärungen verdienen als Äußerungen subjektiver Ansichten allen Glauben. Ob die darin kundgegebene Meinung aber begründet ist, lassen sie nicht erkennen. Überhaupt wird der Schleier nicht gehoben, der über den Beziehungen mit England liegt. So schimmert die tendenziöse Färbung in der Art und Weise der Mitteilung durch, insofern, als die Meinungsverschiedenheiten nicht offen dargelegt werden, die einer Annäherung der beiden Mächte im Wege standen. Anders sind Lucchesinis Darlegungen, die durchaus von dem Bestreben beherrscht werden, das Ziel der

Sonst aber . . . que les vaisseaux prussiens venant de France & amenés dorénavant dans les ports d'Angleterre seroient simplement détenues; qu'on ne procéderoit point contre eux & qu'à la paix ils seroient restitués; qu'on étendroit même cette faveur à tous les vaisseaux prussiens qui à dater de l'époque actuelle pourroient être rencontrés par des bâtimens de guerre ou armateurs anglais . . .

En finissant le Lord Spencer à cherché à faire valoir la facilité avec laquelle il s'est relâché de la demande d'une déclaration écrite au sujet de la réouverture des ports de la mer du Nord au pavillon anglais. Am 27. Septbr. erschien in der Hofzeitung der Befehl zur Aufhebung der Blockade. Venturini-Bredow, Chronik . . . S. 104.

¹⁾ Celui-ci (Spencer) m'a répété en regle qu'un engagement positif sur la restitution du Hanovre demeureroit toujours la condition indispensable d'un rapprochement.

²⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 562. Lehmann, Freiherr vom Stein I, 424: Beyme an Stein, 28. September: Man . . . lasse sich von Subsidien garnichts merken.

³⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 289.

preußischen Politik zu verschleiern, soweit es sich auf Hannover erstreckte. Da ihnen die Tendenz zu grunde liegt, die politischen Gesinnungen der preußischen Regierung im Hinblick auf England ohne Tadel erscheinen zu lassen, so treten sie als positive Ergänzung den Mitteilungen Lombards an die Seite, wenn dieser — den Gedanken negativ verfechtend — beteuert, daß England allein die Schuld treffe, wenn die Verhandlungen scheitern sollten.

3. Kapitel.

Haugwitz und Preußens Werben um die Bundesgenossenschaft Österreichs.

Unzureichend war die Verbindung Preußens mit den Großmächten; erst spät waren Anknüpfungen erfolgt. Man unterschied hierbei zwischen dem Staat, dessen entfernte Lage ein verfrühtes Lautwerden der Pläne nicht fürchten ließ, dessen intime Beziehungen mit Preußen andererseits beschleunigte Vertrauensbeweise beanspruchten, und solchen Mächten, die mehr Vorsicht erforderten¹⁾. Jener, der sich des Vorzugs unverzüglicher Benachrichtigung erfreuen durfte, war Rußland; zu diesen zählte außer England Österreich.

„Endlich, in den ersten Septembertagen, . . . wurden auch dem Wiener Hof Mitteilungen gemacht“²⁾. Des gleichzeitig ausgesprochenen Wunsches, den General Stutterheim oder den Marquis Chasteler in Verhandlungen über gemeinschaftliche Operationen eintreten zu lassen³⁾, geschieht nir-

¹⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 562.

²⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 240.

³⁾ Bericht des österr. Gesandten Binder. Berlin, den 2. September: Le Général Phull, Quartier-Maitre-Général de l'armée, homme très-instruit, très-antifrançais, m'a demandé un rendez-vous hier pour me démontrer la nécessité de s'entendre préala-

gends Erwähnung. Wohl aber erzählt Haugwitz, man habe sich um den 20. September mit dem Plan einer militärischen Sendung nach Wien beschäftigt¹⁾. Daß Erörterungen dieser Art — vielleicht etwas früher — stattgefunden haben, läßt der Brief Hardenbergs vom 11. September²⁾ an seinen Vetter vermuten. Die beiden letzten Gründe, die für Aufschiebung des Projekts sprachen, der Krieg sei noch nicht erklärt und der Feldzugsplan noch nicht bestimmt genug gewesen, waren tatsächlich vorhanden. Sie werden ausschlaggebend gewesen sein, obwohl Rücksichten auf Österreich mitbestimmend sein konnten. Die Bitte um Entsendung eines österreichischen Offiziers findet ihre Bestätigung durch den Bericht des österreichischen Gesandten Binder vom 20. September³⁾; allerdings wird Stutterheim dort nicht genannt; doch kann er im gleichzeitigen Reskript oder in einem der späteren vom 25. und 27. September an den preußischen Gesandten Finkenstein in Wien erwähnt sein, da in der Antwort des Gesandten ausdrücklich auf ihn bezug genommen wird⁴⁾.

Hiervon zu trennen sind die folgenden Sätze. Der Hinweis auf baldige Kundgabe aller gegenwärtigen und zukünftigen Pläne Preußens, die Ankündigung weitgehender Rücksichtnahme auf Österreich in seinem künftigen politischen Verhalten wie die weiterhin betonte Notwendigkeit einer schleunigen Verständigung über die nach einem entscheidenden

blement sur des opérations combinées, dont les conjonctures pourroient amener le besoin. Il m'a témoigné combien il désireroit s'aboucher à cet effet avec le Général Stutterheim ou le Marquis de Chasteler, qu'il connoît et l'estime l'un et l'autre. W. H. H. u. St.-A. Vgl. Beer, Zehn Jahre österr. Politik. S. 244, Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 562.

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 246.

²⁾ Denkw. Hardenb. III, 143.

³⁾ Il (Haugwitz) m'a beaucoup parlé sur la nécessité de s'entendre sur les opérations militaires dèsque la guerre seroit décidée de leur côté et d'envoyer dans leur quartier-général un de nos officiers de confiance. W. H. H. u. St.-A.

⁴⁾ Bericht Finkensteins vom 3. Oktober: Je l'interrogeai (Stadion) . . . sur l'envoi du général Stutterheim à Son quartier-général.

Erfolg einzuschlagende Politik fällt strenggenommen nicht mehr unter die dem Wiener Kabinett abgegebenen Erklärungen. Gentz wenigstens hat Haugwitz' Worte so aufgefaßt¹⁾, als ob jene Eröffnungen noch nicht geschehen seien. In Wahrheit aber waren derartige Mitteilungen bereits gemacht; denn nach der Binderschen Depesche hatte der Minister gesagt: „Wir werden Sie nicht um Ihre Erwerbungen beneiden, und die, welche wir machen können, sollen Ihr Mißtrauen nicht wachrufen. Unsere beiden Länder sind geschaffen, das Reich zu leiten, und wir werden uns über die Grundsätze verständigen“²⁾. Der Grund dieser Verschiebung wird — wie hier vorgehend bemerkt sei — in der Absicht zu suchen sein, den Publizisten um so sicherer zur Darlegung dieser „guten Dispositionen“ in Wien zu bestimmen.

Im Mittelpunkt der Ausführungen des Ministers steht die Frage einer militärischen Spezialmission, die der Ausgangspunkt sein soll für Preußens Eröffnungen über den gegenwärtigen Feldzugsplan und die im Fall des Siegs vorzunehmende Neugestaltung Deutschlands und Neuregelung der beiderseitigen Interessensphären. Aber die Anträge Preußens in Wien sind dringender und weitreichender gewesen³⁾. Hinter all' den Eröffnungen stand der Wunsch, Österreich zur Teilnahme an dem bevorstehenden Kampf auf Preußens Seite zu bewegen. Schon Binder gegenüber hatte Haugwitz keine Bemühungen gescheut, ihm zu beweisen, wie angemessen es für Österreich wäre, wieder in den Krieg ein-

¹⁾ Wie Anfang und Schluß und Gentz' Antwort schließen lassen: *Mém. et lettr. inéd.* S. 246 . . qu'aussitôt que l'une ou l'autre . . . qu'il lui paraissait . . . succès décisif, tel qu'il aimait à le supposer. — Je lui dis alors que je partageais si fort son opinion sur ce qu'il venait d'énoncer

²⁾ Beer, *Zehn Jahre österr. Politik* S. 245.

³⁾ Vgl. Beer, *Zehn Jahre* . . S. 244 f.; Adair, *Historical memoir* . . . S. 135 f., 142; 390; z. B. Count Finkenstein is pressing them much too hard.

zutreten, wenn der Feldzug von Preußen eröffnet sein würde¹). Daß dies in den Besprechungen nicht so recht zum Ausdruck kam, zeigt, daß man die wahre Natur der preußischen Anträge verbergen wollte.

Noch mehr sollte jenem Zweck — wie es scheint — die nicht mehr vorhandene Weisung vom 20. Septbr. an den Gesandten Finkenstein dienen²), für deren Inhalt seine Antwort vom 26. Septbr. einige Anhaltspunkte gibt³). Danach wird er beauftragt gewesen sein, dem Wiener Kabinett die Parteinahme für Preußen naheulegen und von der auf dasselbe Ziel gerichteten Haltung Rußlands Mitteilung zu machen⁴).

Gegenüber einer gleichzeitig geäußerten Befürchtung konnte der Minister Stadion die ehrenwörtliche Versicherung

1) Le comte de Haugwitz n'a rien épargné, dans les dernières conversations que j'ai eues avec lui, pour me prouver la convenance qu'il y avoit pour nous à rentrer dans la lice, dèsque l'affaire seroit engagée par la Prusse. Binder am 20. September. W. H. H. u. St.-A.

2) Das Schriftstück gehört zu den von H. verbrannten Papieren. Vgl. S. 40.

3) Der Bericht findet sich im Geh. Staatsarchiv. Er ist zum größten Teil chiffriert; der Dechiffreur ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Nach gütiger Mitteilung des Herrn Geheimrats Bailleu ist es wahrscheinlich ein Beamter des königlichen Kabinetts gewesen, nicht einer der bekannten Dechiffreure des Kabinettsministeriums.

Die beiden vom Schriftwechsel der Wiener Gesandtschaft aus dieser Zeit vorliegenden Depeschen, die erwähnte vom 26. September und die für das Folgende heranzuziehende vom 3. Oktober (G. St.-A. Rep. I, 192, No. No. 77 u. 78) sind vermutlich an das königl. Kabinett abgeliefert worden und deshalb erhalten geblieben. Sie sind bereits von Häusser (Deutsche Geschichte II³, 719) benützt worden.

4) Le ministre (Stadion) a paru aussi touché des intentions nobles et généreuses de Votre Majesté, que frappé de la manière franche et loyale avec laquelle Elle S'expliquoit vis-à-vis de l'Autriche . . . Le ministre se prononça en attendant provisoirement sur leurs préparatifs en Bohême d'une manière comme il ne l'avoit pas fait encore, en me disant en propres termes, qu'ils fesoient pour le moment tout ce qu'ils pouvoient. G. St.-A. Rep. I, 192 No. 77.

Vgl. 3. Oktober: Je l'interrogeai (Stadion) encore sur le mouvement en avant sur lequel Votre Majesté comptoit avec tant de confiance dans le cas que les armées françoises se portoiert uniquement contre Elle . . G. St.-A. Rep. I, 192 No. 78.

Über Rußlands Verhalten s. Kap. 4.

abgeben, daß Österreich nicht mit Frankreich im Einverständnis sei¹⁾. Nicht aber erfolgte sogleich ein Bescheid auf die wichtigste Frage, wie sich der Donaustaat zu Preußen stellen würde, weil der Kaiser in jenen Tagen von Wien abwesend war. Stadion versprach, ihm die Eröffnungen Preußens unverzüglich zu unterbreiten und hoffte, die Antwort in einiger Zeit bekannt geben zu können²⁾. Als sie am 1. Oktbr. noch nicht eingetroffen war, zögerte Finkenstein nicht, den erwähnten Bericht, eine Sammeldepesche mit Niederschriften vom 26., 29. Septbr. und 1. Oktbr., abgehen zu lassen; er wurde nach Dresden geschickt, um von hier aus ins Hauptquartier befördert zu werden³⁾, und kann dort am 6. oder 7. Oktbr. angekommen sein. Man zeigte ihn dem Publizisten; seine Angaben treffen deshalb zu⁴⁾. Ungünstige Nachrichten waren ja auch nicht darin enthalten; die Entscheidung konnte noch immer nach Wunsch ausfallen.

Da sie sich wegen der Abwesenheit des Kaisers verzögerte und somit auch die Beschlußfassung über den ge-

¹⁾ A l'égard du bruit dont il est question dans le Postscript du 20, le Comte de Stadion m'a donné sa parole d'honneur que tout ce qu'on avoit débité sur un arrangement quelconque avec la France étoit absolument faux. No. 77.

²⁾ Le Comte de Stadion promit de faire sans perte de tems son rapport à l'Empereur Son Maître dont l'absence devoit en attendant nécessairement retarder un peu la réponse qu'il désireroit me donner, espérant toutefois qu'il en seroit muni Mardi ou Mercredi (30. Septbr. bezw. 1. Oktbr.), jours du retour de l'Archiduc Charles qui pourroit bien en être chargé par l'Empereur son frère qu'il avoit vu à Ens. No. 77.

³⁾ 1. Oktober: M'étant rendu hier au soir chez le Comte de Stadion dans l'attente de recevoir la réponse promise, ce Ministre m'a dit qu'il ne pouvoit pas encore me la donner puisque Sa Majesté Impériale n'avoit point encore répondu à son rapport, et que l'Archiduc Charles, qu'il croyoit chargé de la réponse, ne reviendrait que Jeudi et seroit suivi de près, Samedi, par l'Empereur son frère, de manière que la réponse demandée pourroit bien tarder jusques-là.

Je ne balance donc plus d'envoyer ce très-humble rapport à Dresde, où, dans l'incertitude du séjour actuel de Votre Majesté j'ai réquis la direction des postes de cette ville de la faire partir successivement pour Son quartier-général. No. 77.

⁴⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 304, 268.

wünschten Bevollmächtigten in die Länge gezogen wurde, ist es möglich, daß man jetzt von neuem den Plan einer preußischen Mission erwogen aber bald wieder aufgegeben hat, einmal, — wie der König erklärte — um Österreich nicht zu sehr zu drängen¹⁾, zum andern vielleicht auch deshalb, weil diese Sonderbotschaft keinen Zeitgewinn bot.

Einen andern Charakter nahmen die Mitteilungen an, als der Entschluß Franz' I. bekannt wurde. Am 9. Oktbr. war abermals ein Kourier von Wien eingetroffen. „Man versicherte mich,“ schreibt Gentz²⁾, „daß keine Erklärung über die Neutralität abgegeben worden sei, daß dem Grafen Finkenstein im Gegenteil gesagt worden wäre, der Kaiser würde sich zu nichts verpflichten; es würde nur eine Neutralität de facto geben und dadurch nicht einmal die Sendung eines Offiziers ins preußische Hauptquartier verhindert werden.“ Die hier erwähnte Depesche ist sehr wahrscheinlich die vom 3. Oktober, obgleich der Eingangsvermerk fehlt. In ihr liegt jedoch — in höflichster Form — eine unzweideutige Erklärung über die von Österreich während des Krieges zu beobachtende Haltung vor. Nach reiflichster Überlegung habe der Kaiser zum Besten seiner arg mitgenommenen Monarchie das System strenger Neutralität angenommen, das er mit peinlichster Genauigkeit innehalten werde, eröffnete³⁾ der

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 268 f., 288.

²⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 304.

³⁾ . . . que l'Empereur Son Maître l'avoit chargé à me répondre, qu'il étoit très sensible & touché même de la loyauté et du dévouement généreux de Votre Majesté comme de la preuve de la confiance qu' Elle Lui avoit donnée en m'ordonnant de Lui communiquer dans le plus grand détail Ses vues & les mesures auxquelles Elle S'étoit portée pour les remplir; qu'Il croyoit de Son devoir de répondre avec la même franchise; qu'Il avoit dû mûrement considérer Sa position actuelle & bien peser les moyens et les forces qui Lui restoient encore avant de prendre des engagements; qu' Il n'avoit certainement rien négligé pour guérir les playes dont la dernière guerre avoit frappé Sa Monarchie, mais que les pertes qu'elle avoit faites depuis tant d'années & surtout en dernier lieu étoient trop grandes et trop sensibles pour pouvoir être réparées dans le peu de tems écoulé depuis la paix; que la situa-

österreichische Kabinettsminister dem preußischen Gesandten. Damit fiel auch die gewünschte Absendung eines Militär-attachés¹⁾.

Wenn Finkenstein sich über den letzten Punkt nicht klar ausdrückt, so kann das z. T. daran liegen, daß er ähnlich lautende Erklärungen Stadions²⁾ zu günstig interpretiert und wiedergegeben hat, um dem preußischen Kabinett nicht alle Hoffnung zu rauben. Wird er doch sogar in einer Weisung an Binder geradezu der falschen Berichterstattung beschuldigt, eine Anklage, die in solcher Schärfe sicherlich nicht berechtigt ist, da viele der Stadionschen Eröffnungen mit Absicht unbestimmt gehalten waren³⁾.

Wenn über den außerordentlichen militärischen Gesandten noch irgendwelche Unklarheit herrschte, so mußte sie gehoben werden, als im Hauptquartier bekannt wurde, was

tion actuelle de Ses affaires ne Lui permettoit de s'occuper d'autre chose que de conserver la paix et la tranquillité à Ses Etats, qu' Il avoit donc adopté le système d'une stricte neutralité, qu' Il observeroit de la manière la plus scrupuleuse. G. St.-A. I, 192 No. 78.

¹⁾ Je l'interrogeai (Stadion) encore . . . sur l'envoi du Général Stutterheim à Son Quartier-général, connoissant d'avance la réponse que le Comté de Stadion pouvoit m' y faire & qui fut; que vû le parti que l'Empereur venoit de prendre ces deux objets tomberoient d'eux-mêmes . . . qu' à l'égard de l'envoi du Général de Stutterheim la Cour de Votre Majesté saiserait certainement le premier prétexte pour envoyer auprès d'Elle un officier expérimenté. G. St.-A. I, 192 No. 78.

²⁾ Reskript an Binder, 3. Oktbr.: Outre les demandes générales contenues dans la dépêche, dont Monsieur le Comte de Finkenstein m'a fait la communication, il y est question que Sa Majesté Impériale veuille envoyer un Officier-Général de Ses troupes au Quartier du Roi pour établir par ce moyen une communication mutuelle et régulière. Vous observerez vous-mêmes, Monsieur le Baron, qu'une telle disposition qui n'a jamais lieu que entre des Puissances alliées, correspondroit trop peu aux principes de neutralité que nous établissons pour que Sa Majesté puisse y donner dans ce moment Son agrément. Nous n'en serons du moins empressés de conserver des voies de communication sûres avec les armées du Roi, et de répondre ainsi à la confiance que le Cabinet de B. nous témoigne. W. H., H. u. St.-A.

³⁾ Weisung vom 10. Septbr. W. H., H. u. St.-A. Beer, Zehn Jahre . . . S. 246.

Binder zu erklären beauftragt war. Das geschah spätestens am 11. Oktbr., an welchem Tage der Kriegsrat Lecoq, der die Mitteilungen des österreichischen Geschäftsträgers entgegengenommen hatte, dort anwesend war¹⁾. Damit wurde die letzte Hoffnung zu nichte.

Mag aber immerhin die Erklärung über den militärischen Gesandten hauptsächlich auf das Konto Finkensteins entfallen, in schroffstem Widerspruch mit seinen Angaben steht, was man dem Publizisten davon mitzuteilen für gut fand. Er war von der Glaubwürdigkeit des Gesagten auch nichts weniger als überzeugt und führt selbst einige Verdachtsmomente an²⁾. Um so stärker aber mußten seine Zweifel wachgerufen werden, als er kurz zuvor von einem Offizier des königlichen Gefolges entgegengesetzte — in diesem Falle die richtigen — Nachrichten erhalten hatte³⁾. Es ist anzunehmen, daß der wirkliche Sachverhalt im diplomatischen wie im militärischen Kreise des Hauptquartiers bekannt war; doch Gentz gegenüber hielten es Haugwitz und Lucchesini aus naheliegenden Gründen für angebracht, Österreichs Stellung zu Preußen in einem weit bessern Lichte zu zeigen.

Zu wiederholten Malen hatte man ihm nahegelegt, er möge — mündlich, wie man zuerst wünschte, oder schriftlich, wie man später heischte, — ohne bestimmten Auftrag dem Wiener Hof einfach erzählen, was er gehört und gesehen habe, um die letzten Reste von Mißtrauen zerstören zu helfen. Unmittelbar nach der Besprechung des letzten Berichts erneuerten sich diese Aufforderungen⁴⁾.

1) Binder an Stadion, Berlin 11. Oktbr.: Il ne m'a pas été difficile de lui (Lecoq) prouver que . . . l'envoi d'un Général seroit aussi compromettant que contraire aux principes adoptés par notre Auguste Maitre . . . Monsieur Lecoq m'a paru sentir parfaitement la sagesse et la convenance de toutes ces mesures. W. H., H. u. St.-A. Mém. . S. 324.

2) Mém. et lettr. inéd. S. 304.

3) Das. S. 302.

4) Das. S. 236; 250, 287; 304.

Anschaulich tritt die Tendenz entgegen, trotz der hoffnungslosen Lage noch im letzten Augenblick eine Einwirkung des Publizisten auf die Entschlüsse des Wiener Kabinetts herbeizuführen. Wäre ihm der wirkliche Inhalt der Depesche bekannt gegeben, so würden die Bemühungen von vornherein aussichtslos gewesen sein; durch Vorspiegelung des Gegenteils hoffte man die Absendung des gewünschten Schreibens erlangen und damit der preußischen Sache einen wichtigen Dienst leisten zu können¹⁾.

Wenn auch der Minister dem gefeierten Schriftsteller gesagt hatte, bei der Einladung sei der Gedanke bestimmend gewesen, seine Meinung zu gunsten des Krieges zu gewinnen³⁾, so gedachte er ihn doch nur als Medium zu benutzen. Diesen Sinn hatte schon das ursprüngliche Bekenntnis: „Der Zweck, für den ich Sie hier zu sehen wünschte, ist der denkbar wichtigste, nämlich das Wohl und der Erfolg unserer Unternehmung“²⁾, und offen aus sprachten es dann die inständigen Bitten, nach Wien zu berichten. Im letzten Grunde und in erster Linie galten alle Mitteilungen Österreich³⁾, besonders auch jene Darstellung einer zielbewußten Politik gegen Frankreich. Wenn der österreichischen Regierung von dritter Seite eindringlich vor Augen gestellt würde, daß Preußen von fester Kriegsabsicht gegen Napoleon beseelt war, daß es den übrigen Mächten die besten Gesinnungen entgegenbrachte und sich

¹⁾ Diese Absicht des Kabinettsministers darf nicht verkannt werden. Es waren freilich Versuche, die an den Strohalm des Ertrinkenden erinnern. Überhaupt scheint die mit unheimlicher Sicherheit näher rückende Gefahr sein Nervensystem aufs ungünstigste beeinflußt zu haben, so daß das Mißverhältnis zwischen Können und Aufgabe stärker als je in die Erscheinung trat; vgl. Allg. D. Biogr. II, 65; Mém. et lettr. inéd. S. 303.

²⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 236, 226.

³⁾ Noch am 12. Oktober protestierte H. gegen die Abreise des Publizisten. Mém. et lettr. inéd. S. 333.

Auch auf andere Mächte (England!) und die öffentliche Meinung scheint eine Einwirkung beabsichtigt gewesen zu sein; vgl. Mém. et lettr. inéd. S. 242.

insbesondere in der deutschen Frage den österreichischen Interessen unterzuordnen versprach, dann mochte Haugwitz erwarten, daß Österreich es an tätiger Beihilfe nicht fehlen lassen werde.

Viertes Kapitel.

Haugwitz und die gegen Österreich beabsichtigte Zwangsmäßregel.

Noch einen Trumpf versuchte er auszuspielen: Die Haltung Rußlands. Den Zaren hatte der König durch einen eigenhändigen Brief über seine gefährvolle Lage orientiert. Beide Monarchen einte seit langem ein Band freundschaftlicher Beziehungen; zwischen ihren Staaten bestand seit kurzem ein Schutz- und Trutzbündnis. Naturgemäß war das Verhalten dieses Bundesgenossen ein nicht zu unterschätzender Faktor im Kriegsplan Preußens; Haugwitz hatte deshalb allen Grund, sich gerade hierüber zu äußern.

„Niemals“, versicherte er Gentz, „sei der Kaiser ausgesprochener für den Krieg gewesen; er zeige hierin noch mehr Eifer als Preußen. Auf freundschaftliche Verhandlungen werde er sich nicht beschränken sondern eine energische Sprache mit seinen Nachbarn führen. Drei Armeen werde er marschieren lassen, die 1. gegen Schlesien, die 2. gegen Gallizien, die 3. gegen Italien, und ohne viel Umschweife erklären, keine Neutralität zu dulden“¹⁾.

Daß dieser Nachbar, dessen Neutralität nicht zugegeben werden sollte, nur Österreich sein konnte, ist klar. Es war also, sieht man vom Objekt ab, das Wiederaufleben des Vergewaltigungsplans, der im Vorjahre so viel Unheil angerichtet

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 269.

hatte. Ein kurzes Eingehen auf den Charakter desselben dürfte zum Verständnis beitragen¹⁾.

Die mannigfachen Übergriffe Napoleons hatten Rußland und England gegen ihn zusammengeführt, hatten dann die 3. Koalition hervorgerufen.

Im 8. Separatartikel²⁾ des englisch-russischen Vertrags vom 11. April 1805 verpflichteten sich die beiden Mächte, gegen jeden Staat gemeinsame Sache zu machen, der irgendwie dem Ziel des Übereinkommens Hindernisse bereiten würde. Er richtete sich in erster Linie gegen Preußen, das auch diesmal der Koalition ferngeblieben war. Die Erwägung, Preußens Neutralität sei allein für Frankreich von Vorteil und dürfe deshalb nicht geduldet werden, wurde damit zur völkrechtlichen Abmachung.

Längst hatte sich Alexander diese Absicht zu eigen³⁾ gemacht und vielfach geäußert; in Wien war man darüber unterrichtet und hatte dem Plan bereits in einer Denkschrift⁴⁾ vom 1. Septbr. 1804 Ausdruck gegeben. Jetzt wurde der Gedanke, Preußens Anschluß an die Koalition nötigenfalls durch einen Einmarsch zu erzwingen, zur beherrschenden Idee in Alexanders Vorstellungskreis, ein Gedanke, der lebhafteste Unterstützung und Förderung fand durch die Petersburger Kriegspartei und die österreichischen Sendboten.

Auferzogen in den philanthropischen Ideen des 18. Jahrhunderts, suchte der Zar nach seiner Thronbesteigung

¹⁾ Für das Folgende vgl. Ulmann, Russisch-preußische Politik.

²⁾ *Recueil des traités . . . par de Martens II, 445.*

³⁾ Wie Bailleu (*Deutsche Rundschau 1905 IV, 210*) dartut, erscheint der Gedanke — soweit er sich verfolgen läßt — zuerst in einer Unterredung des schwedischen Königs Gustav IV. Adolf mit dem russischen Agenten Grafen Antraigues, die am 3. Aug. 1804 in Dresden stattfand. *Nouv. rev. rétrosp. 1903 S. 180*: *Alors le Roi rit de bon cœur, puis il me dit: „Je pense que le Roi de Prusse cesserait d'être obstinément neutre, si la Russie était à sa frontière avec une armée pour lui dire: „Il est temps d'agir et il faut d'agir! „Alors (Prusse) elle agirait.“*

⁴⁾ Die Denkschrift bei Fournier, *Gentz und Cobenzl S. 293 ff.*; vgl. S. 145.

die menschenbeglückenden Gedanken für das Staatsleben fruchtbar zu machen. „Er fühlte sich in seinen guten Stunden als uneigennütigen Anwalt der Staatenfreiheit, des Völkerglücks; er mochte es nur zu gern einatmen, wenn ein Pitt ihm die Rolle eines neuen „Wilhelm von Oranien“ zuwies“¹⁾.

Dies an sich so lobenswerte Bestreben erhielt aber dadurch einen despotischen Anstrich, daß der Kaiser kraft des guten Zwecks auf die Mitwirkung interessierter Mächte Anspruch zu haben glaubte, ja, er ging schließlich so weit, sich das Recht des Zwanges gegen Widerstrebende beizulegen. Soweit sich diese Absicht auf Kleinstaaten erstreckte, deren militärische Kräfte sonst Napoleon mit leichter Mühe sich dienstbar machen konnte, läßt sich ein solches Vorgehen verstehen; aber es ermangelte jeder Vernunft einer Großmacht gegenüber, die gewillt und im stande war, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten; in diesem Falle war es eine beklagenswerte Unterschätzung der preußischen Großmachtstellung, die sich bitter rächte.

Der historische Verlauf ist bekannt. Nicht für die Koalition, sondern gegen sie machte Preußen mobil, als man in Berlin von der Absicht erfuhr, die Beteiligung Preußens nötigenfalls gewaltsam — durch einen Durchmarsch russischer Armeen — herbeizuführen. Zwar kam es nicht zum Zusammenstoß. Nach dem plumpen Neutralitätsbruch Frankreichs gestand Friedrich Wilhelm aus freien Stücken zu, was er bisher verweigert hatte. Das Schicksal der Mackschen Armee war aber schon besiegelt, der Fortgang des Krieges ungünstig beeinflußt worden.

Die Erinnerung an den Schlag, der dann seinem Ehrgeiz und seiner Eitelkeit versetzt war, mußte dem Zaren hinfort peinlich sein; seine weltbeglückenden Pläne der Befreiung Europas hatte er aber auch nach dem raschen Abfall Öster-

¹⁾ Ulmann, Russisch-preuß. Pol. S. 124.

reichs, dem er damals nicht gewehrt, keineswegs aufgegeben. Für dies, dessen Bündnis mit Rußland das gemeinsame Unglück gelöst hatte, trat Preußen ein. Als Friedrich Wilhelm in dem bekannten Brief vom 8. August sein Herz über die bedrohliche politische Lage ausschüttete und um Hilfe bat, mahnte er den König in seinem Antwortschreiben zum Ausharren und stellte seine Armeen zur Unterstützung bereit. Anknüpfend an dessen Gedanken im Brief vom 23. Juni¹⁾ hielt er es für notwendig, eine umfassende Gegenwehr gegen Napoleon ins Werk zu setzen, ohne Schwanken energische Maßregeln gegen Österreich zu ergreifen, wenn das überstarke Frankreich den geschwächten Kaiserstaat zur Heeresfolge zwänge. „Die preußischen Armeen würden in Böhmen und die meinigen in Gallizien eindringen können“. Für den Fall aber, daß man in Wien Frankreichs Werben und Drohen stand halte, bringt er das österreichische Heereskontingent ohne weiteres gegen Napoleon in Anrechnung²⁾.

Es war ein Vorschlag, keine beiläufige Bemerkung. Der Zar war entschlossen, Österreich nicht im Bunde mit Frankreich fechten zu lassen; er empfahl, falls sich dies befürchten ließe, eine drohende Demonstration der beiderseitigen Heere.

1) Bailieu, Briefwechsel . . . S. 109.

2) Bailieu, Briefw. S. 118 f.

Der Brief ist nur im Entwurf vorhanden; das Original fiel vermutlich dem Autodafé zum Opfer, das Haugwitz mit den offiziellen Papieren veranstaltete. Für den Inhalt vgl. auch *Mém. et lettr. inéd.* S. 240, 290. Lombard skizziert ihn an der letzteren Stelle in ziemlich freier Weise.

Übrigens trug man sich in Petersburg schon länger, wenigstens gleich nach dem Amtsantritt des neuen Ministers Budberg, mit der oben erwähnten Absicht; vgl. Großfürst Nikolai Michailowitsch, Graf Stroganoff II, 77. Reskript an Stroganoff (den Gesandten in London), 2./14. Juli 1806: Les appréhensions de M. Fox relativement à l'Autriche dans le cas où la guerre continuerait peuvent être très fondées. Aussi les considérations qui les lui ont inspirées n'ont-elles point échappé à S. M. J., quoique en même temps, Elle ait cru devoir se prémunir aussi contre le cas où l'Autriche, par un effet de sa faiblesse actuelle

Er könne nicht glauben, antwortete der König am 6. September, Österreich an der Seite Frankreichs kämpfen zu sehen; gleichwohl aber halte er es für nützlich, daß das Wiener Kabinett von dem Vorhaben des Zaren erfahre, wenn es die Furcht in Napoleons Arme treiben sollte; Alexander möge hierüber in Wien richtige Vorstellungen oder gar — wenn möglich — tatkräftige Entschlüsse zu ihren gunsten vorzubereiten suchen¹⁾.

Da hier ein näheres Eingehen auf das russische Projekt überhaupt nicht statthat, so ist natürlich schon deshalb von einer Beteiligung Preußens nicht die Rede. Denn, meint der König, schon die Bekanntgabe der Absichten Alexanders könne vielleicht den gewünschten Erfolg haben.

Verschärft und erweitert aber kehrt der Gedanke in den Eröffnungen über den preußischen Kriegsplan wieder, die

se laisserait entraîner par la France, jusqu' à se prononcer contre nous. En conséquence, pour tenir l'Autriche en respect dans le cas susmentionné, mais en même temps pour la soutenir, si dans l'intervalle, elle réacquerrait assez de forces et de consistance pour pouvoir s'opposer à la France, un corps d'armée respectable sera porté incessamment sur la frontière de Galicie. Il est possible qu'une pareille combinaison n'ait pas lieu de sitôt, et comme la Cour de Vienne travaille avec beaucoup d'activité à la régénération de ses ressources, elle se trouvera peut-être en état de concourir avec quelque efficacité aux efforts communs qu'il faudra opposer à l'ennemi; vgl. S. 136.

Auch abgesehen von dem Umstande, daß die Korrespondenz dieser Zeit zwischen Kabinettsministerium und preuß. Gesandtschaft in Petersburg äußerst lückenhaft ist (vgl. S. 40 u. 46), kommt dem persönlichen Briefwechsel der beiden Herrscher schon an und für sich eine hervorragende Bedeutung zu. Der russische Minister des Auswärtigen, Baron Budberg, bezog sich z. B. in seinen Mitteilungen an den preußischen Gesandten, Grafen Goltz, ausdrücklich auf die unmittelbare Korrespondenz zwischen den beiden Monarchen (Denkw. Hard. III, 149.).

Budberg, der Nachfolger des Fürsten Czartoryski, ein devoter Hofmann (vgl. den bei Tatitschef, Alexandre I. et Napoléon S. 102 zitierten Ausspruch des Grafen Stedingk: . . . attendant un ordre pour penser) war zuletzt Gesandter am Hofe Gustavs IV: Adolf gewesen; er war bekannt als Gegner Napoleons (Bernhardi, Geschichte Rußlands II 2, 518).

¹⁾ Bailleu, Briefwechsel . . . S. 121 f.

Haugwitz dem russischen Geschäftsträger, Grafen Stackelberg¹⁾, unmittelbar nach dem Eintreffen jenes Briefes gemacht hatte, der auf Friedrich Wilhelm einen unauslöschlichen Eindruck hervorrief. Die Demonstration wurde hier zur reinen Zwangsmaßregel.

Ein weites Ziel, berichtet Stackelberg²⁾, habe sich Preußen gesteckt, die Franzosen bis zum Rhein zu jagen und Holland zu befreien. Das Vertrauen des Grafen Haugwitz zu den preußischen, sächsischen und hessischen Truppen gehe aber nicht so weit, sie diesen Plan ohne fremde Hilfe ausführen zu lassen. Eine hervorragende Bedeutung komme dabei den Russen zu, insofern

1. russische Streitkräfte den linken preußischen Flügel zu stützen und sich nach dem Oberrhein zu bewegen hätten,
2. andere russische Truppenkörper sich auf die Franzosen inmitten der österreichischen Monarchie werfen und diesen Staat, falls er Widerstand leisten würde, zwingen sollten, mit Rußland im Einverständnis zu handeln, und
3. ein russischer Seitenangriff auf Italien wünschenswert wäre, um diese Halbinsel den Franzosen zu entreißen.

„Als ich Haugwitz dann eingehender nach seinen Gedanken über unsere Mitwirkung befragte“, fährt der Gesandte fort, „sprach er davon, daß zwei russische Korps gegen die Franzosen durch Ungarn und Gallizien marschieren sollten, wobei sie den Wiener Hof mit sich fortreißen müßten, und ein drittes Böhmen zu durchqueren und so den linken preußischen Flügel zu stützen hätte.“

¹⁾ Stackelberg hatte Alopeus im offiziellen Verkehr mit dem Berliner Kabinett ersetzt. Vgl. über ihn: Bailleu, Briefwechsel S. 105 u. n.: Recueil des traités VI, 370 f., 392 f.; Ompteda, Pol. Nachlaß I 1, 168.

²⁾ Beil. 2 S 74ff. Depesche Stackelbergs vom ^{22. Aug.} 3. Septbr. im Archiv des Ministeriums des Auswärtigen in Petersburg. Benützt ist sie bereits von Danilewski-Michaïlowski: Beschreibung des 2. Krieges des Kaisers Alexander mit Napoleon in den Jahren 1806 und 1807, S. 13 (russisch) und (daraus übersetzt), bei von Lettow-Vorbeck, Der Krieg von

Offen bezug auf das Projekt des Zaren nehmen die Eröffnungen nicht¹⁾. Der Marsch der Russen durch die österreichische Monarchie wird durch die auffällige Fiktion einer französischen Stellung im Herzen Österreichs motiviert und damit der scheinbare Nebenzweck des russischen Beistandes, der auf die Wiener Regierung auszuübende Zwang, in den Vordergrund gerückt. Die ersten Angaben, mehr allgemeiner Natur, skizzieren die ungefähren Ziele der russischen Heeresbewegungen; die weiteren Mitteilungen deuten, da die Marschrouten der einzelnen Armeen durch österreichische Provinzen angegeben werden, die unmittelbaren Maßnahmen zur Ausführung des Projekts näher an.

An den Brief Alexanders erinnert der projektierte Durchmarsch durch Gallizien; der betreffenden Armee und einer zweiten mit der Marschrichtung durch Ungarn fällt die eigentliche Aufgabe hinsichtlich Österreichs zu. Eine eventuelle Neutralitätserklärung desselben wird, da es gerade zur Kriegsbeteiligung gezwungen werden soll, ohne Einfluß auf den Fortgang der Schritte sein.

Der Zar hatte eine gemeinschaftliche Aktion im Auge; im Stackelbergschen Bericht geschieht jedoch der von ihm in Aussicht genommenen Mitwirkung preußischer Truppen keinerlei Erwähnung; die Leistung, die er ihnen zuwies, soll nach dem preußischen Plan vielmehr von einer 3. russischen Armee übernommen werden, die zugleich die linke Flanke der preußischen Aufstellung zu sichern hat. Dies ist hauptsächlich dadurch zu erklären, daß die Ausführungen des Kabinettsministers nur die Rolle betreffen, die Rußland im Kriegsplan Preußens spielen sollte; auch ohnedies hätten strategische Rücksichten

1806 u. 1807 III, 44. Die Datierung nach dem alten Stil ist hier irreführend.

¹⁾ Vgl. Beilage 2 . . nous (Rußland) donnant de grandes facilités pour agir sur elle (Österreich).

Aus der Depesche gewinnt man den Eindruck, als ob Rußland mehr in Sorge war als Preußen.

gegen eine Verzettlung preußischer Streitkräfte sprechen müssen¹⁾.

Trotz allem ist ein Einfluß jenes Briefes auf die preußischen Pläne unverkennbar. Es ist aber die Frage, ob das preußische Kabinett überhaupt erst durch den Vorschlag Alexanders auf diesen Gedanken gebracht ist, oder ob auf preußischer Seite bereits Ähnliches erwogen wurde und erst durch das Schreiben des Zaren greifbare Gestalt erhalten hat, so daß es in diplomatischen Verhandlungen zur Sprache kommen konnte. In beiden Fällen hätte der preußische Minister die Idee des russischen Kaisers in ein System gebracht. Eine Entscheidung läßt sich jedoch nicht treffen, solange nicht weiteres Material vorliegt. Bevor aber in Berlin die Gewißheit vorhanden war, daß der Zar den Oubrilschen Vertrag verworfen hatte, mußte es zweifelhaft sein, ob derartige Erwägungen verwirklicht werden könnten.

Die Aushändigung eines schriftlichen Operationsplans oder auch nur einer kurzgefaßten Übersicht, die von Stackelberg erbeten, deren Zustellung von Haugwitz bereitwillig für den nächsten Tag versprochen war, scheint nicht stattgefunden zu haben²⁾. Eine Antwort des russischen Kabinetts auf die

¹⁾ Haugwitz mochte auch von dem Bestreben geleitet werden, von solchen Eröffnungen abzusehen, die Preußen kompromittieren konnten. Verdächtig ist, daß er allein für diese Mitteilungen in Betracht kommt; denn aus seiner Angabe (Beilage 2), er habe den König nicht gesehen und ihm deshalb den Brief des Zaren zugeschickt, sollte man auf eine Eigenmächtigkeit des Ministers schließen. Vgl. die Antwort Friedrich Wilhelms vom 6. September und die Unkenntnis Lucchesinis (Mém. et lettr. S. 281). Der Herzog von Braunschweig hatte diesem zwar in Naumburg gesagt, daß sich der Marsch der Russen von Schlesien aus durch Böhmen richten müsse, auf seine Frage, ob man der Mitwirkung Österreichs denn sicher wäre, aber nur geantwortet, er müsse es voraussetzen. Danach scheinen beide wirklich nicht eingeweiht zu sein. Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 613. Vgl. auch Finkensteins Eröffnungen: Kapitel 4 S. 62.

²⁾ Beilage 2. Über die verschiedenen allgemeinen Operationspläne und ihre Geschichte vgl. von Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806 u. 1807 S. 108 ff. Von den russischen Heeresbewegungen blieb in preußischen

Mitteilungen des Ministers ist wahrscheinlich auch nicht erfolgt; ebensowenig liegt eine Erwiderung des Zaren auf den Brief Friedrich Wilhelms vom 6. September vor¹⁾. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge; die schwächliche, zögernde Politik gegen Frankreich ließ sie ins Stocken geraten. Es hat den Anschein, daß man in Petersburg detaillierte Operationspläne abwarten wollte, die man bei dem in Aussicht gestellten Spezialgesandten Krusemarck voraussetzte²⁾, bevor weitere Schritte unternommen wurden. Als er endlich ankam, rief die Dürftigkeit seiner Instruktionen sichtliche Enttäuschung hervor³⁾. Mitbestimmend für den Verzug kommt in Betracht,

Entwürfen schließlich nur der Durchzug durch Böhmen zur Sicherung des linken preußischen Flügels. Vgl. das. III, 44. Diese Entwürfe, im Kriegsarchiv des Generalstabes befindlich, sind nach gefälliger Mitteilung des Vorstandes dieser Behörde undatiert.

Das russische Kabinett ließ später in Wien das Fehlen eines detaillierten Operationsplans und einer genauen Vereinbarung über die Ziele der Unternehmung mit der außerordentlich raschen Aufeinanderfolge der Ereignisse entschuldigen (Wassiltschicof, Les Razoumowsky II, 3e, 32. Weisung vom 5./17. Oktbr. an Rasumowski).

¹⁾ Lucchesinis Bemerkung am 10. Oktober (Mém. et lettr. . . . S. 314), man sei seit mehreren Wochen ohne Nachrichten von Petersburg, ist dahin einzuschränken, daß am 2. Oktober ein Brief des Zaren (vom 12./24. Septbr.) ins Hauptquartier nachgesandt wurde (Denkw. Hard. III, 144; Bailleu, Briefw. . . S. 124).

²⁾ Vgl. Bailleu, Briefw. . . S. 124. Friedrich Wilhelm am 9. Septbr. an Alexander: Les (Krusemarcks) instructions épuisent les communications que je devais à V. M. J.

³⁾ Budberg an Stackelberg, 27. Septbr. v. st. Danilewski-Michaïlowski, Beschreibung des 2. Krieges des Kaisers Alexander . . . S. 14. Archiv d. Fürst. Woronzow Bd. 22, 334 ff.: Baron Nikolaï, russischer Legationssekretär in London, am 7. November an den früheren Gesandten Simon Woronzow, den er in diplomatischen Angelegenheiten auf dem laufenden erhielt: Krusemarck, un associé du comte Haugwitz, qui n'avait aucun plan avec lui et n'était autorisé de demander que 60 000 hommes sous le prétexte qu'il serait difficile de nourrir une force considérable

Wenn dann schließlich als Leistung 100 000 Mann angegeben werden, so muß man bedenken, daß die Russen gewöhnlich den Mund sehr voll nahmen, wenn es sich um Truppenzahlen handelte (vgl. die Schwindeleien über die Heeresstärke im Frühjahr 1813). Goltz urteilt über den Erfolg der Krusemarckschen Sendung zu günstig (Denkw. Hard. III, 146); in Wahrheit war man in Petersburg nicht damit zufrieden

daß ein großer Teil der russischen Truppenmacht damals von den Unternehmungen gegen die Türkei absorbiert war, außerdem, daß allerhand Intriguen um die Heeresleitung stattfanden, in welche die Person des Zaren hineinspielte¹⁾; nicht zum wenigsten hat aber auch das Widerstreben, mit Haugwitz zu unterhandeln, retardierend mitgewirkt. Überhaupt herrschte in Rußland eine für Preußen keineswegs günstige Stimmung, obwohl die öffentliche Meinung durchaus zum Kriege gegen Napoleon neigte²⁾.

Infolge der Verzögerungen waren dem russischen Gesandten in Wien, Grafen Rasumowski, bis Ende September keine Weisungen zugegangen³⁾, die von Friedrich Wilhelm gewünschten Vorstellungen beim Wiener Hof zu erheben. Um

und machte auch gar kein Hehl daraus. Vgl. Adair, Historical memoir S. 337. Stuart am 9. Oktbr. an Adair: Major Krusemarck is arrived empty-handed, to the great disappointment of this government, who expected many communications by his conveyance ff.

¹⁾ Der Leibarzt Rogerson (vgl. über ihn: Hist. Zeitschrift n. F. Bd. 19, 248, 258) an S. Woronzow: . . . l'armée et tout est bien monté; il faut seulement une bonne direction; cela ce trouverait aisément; mais il faut laisser faire. Mais à quoi faut il s'attendre, si on veut faire tout soi-même . . . on lamine toujours . . . Et je me flatte, si la guerre a lieu, que le Souverain se contentera de rester avec le corps de réserve; mais on ne peut pas répondre. Archiv d. F. Woronzow Bd. 30, 229. Vgl. die ähnl. Situation im Jahre 1805.

²⁾ Nach Recueil des traités VI, 391 f. soll der Zar durch die Königin Luise veranlaßt worden sein, den König zu bestimmen, daß er bei allen Verhandlungen mit Rußland nur Hardenberg benütze. Daraufhin kann der Brief Alexanders vom 12./24. Septbr. erfolgt sein; auch in London ist der Auftrag prompt erledigt worden. Nikolai berichtet am 18. Oktbr. (Archiv d. F. Woronzow Bd. 22, 349), daß er dem englischen Ministerium vom Schritt des Kaisers Mitteilung zu machen und es aufzufordern habe, in Berlin dasselbe Ansuchen zu stellen. Vgl. auch Bailleu, Briefwechsel S. 462. Von dem tiefen Mißtrauen gegen Haugwitz zeugen noch Adair, Historical memoir . . . S. 333, 337; vgl. Sbornik Bd. 89, LXXV f.

Ein getreues Bild der Stimmung in den russischen Adelskreisen, die allein in Betracht kommen, geben die Briefe Rogersons. Archiv d. Fürst. Woronzow Bd. 30, 228, 231; vgl. auch Bd. 22, 263.

³⁾ Ayant sondé, aujourd'hui, le Comte Razoumowski, je dois croire, d'après ce qu'il m'en a dit, que le Comte de Stadion a été sin-

so erstaunter war man dort, als Finkenstein gemäß der Instruktion vom 20. Septbr. bei Stadion auf die Absichten des Zaren zu sprechen kam. Der österreichische Minister war empört über den Plan, ein russisches Hilfskorps nach Österreich zu schicken. Im Notfall, erklärte er, sei man des russischen Beistandes sicher; aber bei der jetzigen Lage könne Rußlands Hilfe infolge der naturgemäßen Verzögerung nicht in Anrechnung gebracht werden, und den Kaiserstaat würde ein solches Beginnen nur äußerst bloßstellen¹⁾. Der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Merveldt, wurde infolgedessen angewiesen, gegen jede Verletzung österreichischen Gebiets energisch Verwahrung einzulegen²⁾.

In Petersburg wäre man wegen der unbefriedigenden Mission Krusemarcks ohnedies schwerlich geneigt gewesen, entscheidende Schritte zu unternehmen. Man begnügte sich mit Österreichs Neutralität, aber nur vorläufig. Nach einigen bedeutenden Erfolgen der beiden verbündeten Mächte, mußte Rasumowski erklären, hoffte man auf seinen Anschluß. Da-

cère en m'assurant qu'il n'avoit nulle connoissance. Finkenstein 29. Septbr. G. St.-A. Rep. I, 192. In Petersburg war man übrigens mit Rasumowskis Berichterstattung nicht zufrieden; vgl. Wassiltschikof, Les Razoumowsky II, 3e, 22 ff.

¹⁾ Finkenstein am 26. Septbr.: Il n'y avoit qu'un seul article dans les ouvertures que je lui (Stadion) fis, qu'il releva, c'est à dire, l'envoi d'une armée russe au secours de l'Autriche. Il m'observa à cet égard, qu'il ignoroit absolument, que l'Empereur Alexandre en avoit eu l'idée et ne concevoit pas même ce qui auroit pu la faire naître; qu'ils avoient certainement l'assurance d'être secourus, par la Russie, en cas de danger et aussitôt qu'ils le demanderoient, comme il l'avoit dit dans un de nos entretiens précédens et aussi que je l'ai porté à la connoissance de Votre Majesté; mais que ce cas n'existoit pas, qu'ils n'étoient pas encore menacés n'avoient pas besoin de secours et ne l'avoient certainement pas demandé; qu'ils seroient même très fâchés que les Russes pussent se méprendre à ce sujet et marcher à leur secours dans le moment présent, qu'un secours qui tardoit deux mois à venir, n'en pourroit être un pour eux dans leur situation actuelle et ne feroit que les compromettre excessivement. G. St.-A. Rep. I, 192.

²⁾ Die Mitteilung Finkensteins war wohl der entscheidende Anlaß, die Erinnerung an das Verhalten Rußlands im Jahre vorher (Beer, Zehn Jahre österr. Pol. S. 248) erst in zweiter Linie maßgebend.

mit es sich von den fühlbaren Verlusten des letzten Feldzuges wieder erhole, ließ man hinzufügen, um den Schritt verlockender zu machen¹⁾.

Zu schnell erfolgten dann aber die beklagenswerten Schläge, die eine Verlegung des Kriegsschauplatzes herbeiführten und damit dem Plan das Wasser abgruben.

Die auffallende Ähnlichkeit der geplanten Operationen in den Mitteilungen an Stackelberg und an Gentz zeigt sich auf den ersten Blick; es ist klar, daß sich die Armeebewegungen des Stackelbergschen Berichts im allgemeinen im Gentzschen Journal wiederholen²⁾. Der ganze Anschlag wird hier jedoch dem Zaren zur Last gelegt, die Unschuld Preußens geflissentlich hervorgehoben³⁾. Das ist falsch; denn angenommen, die Initiative des Projekts rühre von russischer Seite her, so bleibt doch Preußens Anteil an seinem Ausbau sicher.

Begreiflich genug ist es ja, daß Haugwitz eine auch nur ideelle Rolle von sich wies. Er würde sonst alle Sympathien des Publizisten verscherzt haben, dessen Dienste be-

¹⁾ Wassiltschikof, Les Razoumowsky III, 3e, 33. Weisung an Rasumowski vom 5./17. Oktober: . . . si S. M. J., pénétré de la position pénible de l'Autriche, ne s'attend pas à lui voir suivre incessamment l'exemple de la Prusse et de la Russie, en se déclarant ouvertement contre la France, elle n'en espère pas moins, que si les armes alliées venaient à remporter quelques avantages marquants sur l'ennemi, l'empereur François II n'hésitera pas, à saisir cette occasion pour concourir autant au rétablissement d'un juste équilibre et de la tranquillité générale, que, pour se refaire des pertes sensibles que S. M. J. et R. a essayées dans la dernière campagne. Vermutlich waren Merveldts

Protest u. Rasumowskis Bericht vom ^{21. Septbr.} ~~3. Oktbr.~~ von Einfluß. (das. S. 28 f., inbetreff der früheren S. 23; Intriguen seines Legationssekretärs Mallia).

²⁾ Die Ziele werden hier allerdings in wenig kongruenter Form gegeben, Schlesien und Gallizien in nächster Nähe Rußlands, demgegenüber Italien; sonst aber entspricht die gegen Schlesien vorrückende Armee dem Korps mit der Marschrouten durch Böhmen und die nach Italien bestimmte offenbar dem nach Ungarn zu entsendenden Heere.

³⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 270 . . . que la Prusse au reste n'étais pour rien dans ce projet.

kanntlich im preußischen Interesse so sehr gewünscht wurden. Wahrscheinlich dachte er daran, mit welcher Schärfe gerade Gentz das Vorgehen der Mächte im Jahre vorher gegen Preußen verurteilt hatte. Es sei daher an dessen theoretische Anschauung über die Bekämpfung der französischen Revolution erinnert.

Seit langem¹⁾ hatte er als einzige Rettung gegen das revolutionäre Frankreich den Widerstand des geeinten Deutschlands empfohlen, noch vor kurzem²⁾ den Völkern Deutschlands diese Mahnung eindringlich vor die Seele gestellt und besonders vor Ausbruch des 3. Koalitionskrieges ein enges Hand-in-Handgehen Österreichs mit Preußen befürwortet³⁾, während er Rußland nur als Hintermauer eines wirksamen Bündnisses dachte⁴⁾.

Aber nur in einem freien Zusammengehen der beiden deutschen Mächte sah er das Heil Europas. Daß grundsätzliche Veränderungen der beiderseitigen Kabinette unbedingte Voraussetzungen seien, war ihm damals bewußt; klar erkannte er die Hemmnisse einer solchen Wandlung in Preußen, und schonungslos hat er sie beurteilt. Auf der andern Seite aber hat er sich aufs härteste gegen die Vergewaltigungspläne der Koalitierten ausgesprochen und bitteren Tadel gegen die von ihm vermuteten Urheber geschleudert. Kein Ausdruck war ihm zu hart, das Unsinnige eines solchen Gedankens zu geißeln⁵⁾.

Nun, da Preußens Mitschuld geleugnet wurde, mußte das Odium eines solchen Anschlags allein auf Rußland fallen,

¹⁾ 1801 in der Schrift „Über den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die franz. Revolution“.

²⁾ 1806 in der glänzend geschriebenen Vorrede der „Fragmente aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts“.

³⁾ Schriften von Friedr. von Gentz IV, 26; 16, 74, 88, 100, 103.

⁴⁾ Das. S. 103, 159. Vgl. auch *Mém. et lettr.* S. 269, 315.

Er sieht sich hierin in vollster Übereinstimmung mit der Königin Luise (*Mém. et lettr.* S. 299 f.).

⁵⁾ Schriften von Fr. von Gentz IV, 159. *Mitt. d. J. f. österr. G.* VII, 139, 141. *Schriften* IV, 66, 117; *Mitt. d. Inst.* VII, 139; XXI, 122; vgl. 131.

und Haugwitz behielt freie Hand für seine Werbungen bei Österreich. Konnte er jedoch hoffen, daß Alexander gleichwohl aus freien Stücken ohne Beteiligung Preußens das Geplante unternehmen würde, selbst wenn Krusemarcks Instruktion nichts darüber enthielt? Es läßt sich nicht feststellen, ob das wirklich seine Meinung war. Sieht man ganz von der Verwerflichkeit des Projekts ab und faßt nur die Möglichkeit der Ausführung ins Auge, so muß man sagen, daß die Aussichten von vornherein sehr gering für das Gelingen waren; einen Zweck hätte der Plan nur gehabt, wenn er bald und energisch in Angriff genommen wäre.

Vielleicht auch mochte die tatsächliche Ausführung nicht einmal im Sinne des Kabinettsministers liegen, wenn nur das erstrebte Ziel irgendwie erreicht werden würde. Jedenfalls aber, und hier kann ihm der Gedanke seines königlichen Herrn vorgeschwebt haben, beabsichtigte er durch die Mitteilung des Projekts einen Druck auf Österreich auszuüben, sich den beiden Verbündeten anzuschließen. Diesen Zweck hatten Finkensteins Instruktionen, ihm werden auch die Mitteilungen an Gentz gedient haben. Sollten jene andern Darlegungen mehr in direkter Weise auf die Entschlüsse Österreichs einwirken, so konnten diese indirekt dazu beitragen; allen liegt also schließlich dieselbe Tendenz zu grunde.

Weil den historischen Tatsachen eine bestimmte Auffassung aufgedrängt wurde, konnte die Darstellung die reine Wirklichkeit nicht widerspiegeln. Im ganzen Einseitigkeit, im einzelnen eine Menge von Irrtümern, so läßt sich der Charakter der Eröffnungen bestimmen. Des tendenziösen Gewandes entkleidet, bleiben sie, bleibt das Journal auch in diesen Partien eine wichtige Ergänzung der historischen Quellenlitteratur.

Ein Erfolg, wie er beabsichtigt wurde, war ihnen nicht beschieden¹⁾; die Geschichte ging über sie zur Tagesordnung

¹⁾ Damals hatte Gentz tatsächlich eine relativ gute Meinung vgl. (Einleitung S. 3 n. 4); wenn dies im „Journal“ nicht so sehr her-

über. Nur in akzessorischen¹⁾ Dingen leistete der Publizist wirkliche Dienste. Ob nicht vielleicht doch noch sein Bericht irgendwelchen Einfluß ausgeübt hätte, wenn der Zusammenbruch nicht so unerwartet schnell erfolgt wäre, läßt sich nicht übersehen.

vortritt, so ist zu bedenken, wie hart z. B. auch preußische Offiziere nach der Katastrophe geurteilt haben.

¹⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 236. Seine Mithilfe beim Manifest das. S. 261 ff., bei der Proklamation an die Armee S. 305 ff.; die Anfertigung des Artikels für die Erfurter Zeitung S. 251; vgl. S. 260.

Exkurs.

Am 7. August sollen (wie Mém. et lettr. inéd. S. 239 behauptet wird) der alarmierende Kourier Lucchesinis angekommen, $\frac{2}{3}$ des preußischen Heeres mobil gemacht und der Zar vom König über die ganze Sachlage orientiert und in alle Pläne eingeweiht worden sein¹⁾.

A. Nach Laforest soll der nicht mehr vorhandene Bericht Lucchesinis in der Nacht vom 5. zum 6. August in Berlin eingetroffen sein²⁾. Hardenbergs Angabe, der Legationsrat von Bohm sei am 5. August mit wichtigen Depeschen Lucchesinis in Berlin angekommen³⁾, könnte als Bestätigung angesehen werden; denn daß Bohm der Überbringer war, hat Lucchesini selbst erklärt⁴⁾. Hardenberg konnte jedoch erst nachträglich davon erfahren, da er in jenen Tagen in Berlin nicht anwesend war.

Die Ankunft Bohms unter dem 8. August meldet die Voss. Zeitung vom 12. Aug.⁵⁾. Den 7. Aug. abends nennt der mit Haugwitz befreundete bayrische Gesandte Graf Bray, der am 8. Aug. durch den Minister selbst davon Mitteilung erhielt; er weiß, daß der Kourier am 29. Juli expediert worden ist, und gibt auch einigen Aufschluß über die Gründe seiner

¹⁾ Auch abgesehen vom Datum trifft das Letztere nicht ganz zu; der König deutet nur an, daß er seine Maßnahmen getroffen habe. Bailleu, Briefw. S. 117.

²⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 512 u. 530; an der 2. Stelle verlegt er den Mobilmachungsbeschluß auf den 10. August.

³⁾ Denkw. Hardenb. III, 86.

⁴⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 628.

⁵⁾ Voss. Zeitung 96. Stück. 12. Aug. 1806.

Absendung¹⁾. Diese beiden Daten brauchen durchaus keinen Widerspruch zu enthalten, da der Kourier in der Nacht vom 7. auf den 8. Aug. angekommen sein wird. Französische Quellen²⁾ werfen zwar Angaben über 2 verschiedene Depeschen zusammen (über die vom 29. Juli und die vom 6. Aug., welche in französische Hände geriet³⁾); die dort berichtete Ankunftszeit (Lefèbvre 7., Bignon 8. Aug.) würde aber zu dieser Datierung stimmen.

Wahrscheinlich trug diese Depesche den Präsentationsvermerk. Da nun Gentz von Haugwitz verschiedene Berichte Lucchesinis, unter ihnen auch wohl die entscheidende vom 29. Juli, zur Einsicht erhielt⁴⁾, so ist es möglich, daß er das Datum danach angesetzt hat. Die lange Dauer der Reise kann nicht befremden; denn auch die wichtige Depesche vom 22. Juli kam erst am 31. desselben Monats an⁵⁾.

Diese Datierung (Nacht vom 7. zum 8. Aug.) würde ein bedeutsames Licht auf die Schnelligkeit der Beschlüsse werfen. Erklärlich ist sie, da es sich um Defensivmaßregeln handelte; als später die Offensive in Frage kam, trat die Zauderpolitik wieder in den Vordergrund.

B. Das die Mobilmachung betreffende Schriftstück „Bestimmung der ersten Maßregeln bei dem bevorstehenden Kriege zwischen Preußen und Frankreich“ findet sich im Kriegsarchiv. Am 26. August schickte es der König dem Fürsten Hohenlohe unter dem Titel „Übersicht derjenigen militärischen Maßregeln, welche zuerst unter dem 9. August anbefohlen werden und in Ausführung gebracht werden sollten“⁶⁾.

¹⁾ Aus dem Leben eines Diplomaten alter Schule S. 205.

²⁾ Lefèbvre, Histoire des cabinets II², 324 f. Bignon, Histoire de France depuis 18. Brum. V, 388.

³⁾ Das Abfangen will Lucch. absichtlich herbeigeführt haben (Mém. et lettr. inéd. S. 254).

⁴⁾ Mém. et lettr. inéd. S. 240, 254.

⁵⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 498.

⁶⁾ Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 506.

Da die militärischen Maßnahmen jedenfalls am 8. Aug. beschlossen worden sind, so wird ihre Übermittlung an die einzelnen Inspektionen bald darauf erfolgt sein⁴⁾.

C. Der Brief Friedrich Wilhelms an den Zaren trägt das Datum des 8. August.

Es ist also nicht ganz richtig, wenn alle drei Ereignisse für denselben Tag angesetzt werden.

Kopie eines Briefes von Gentz sehr wahrscheinlich an den österreichischen Minister Stadion aus dem k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

Beilage 1.

Prague, le 8 Décembre 1806.

Monsieur le Comte!

Je présente enfin à Votre Excellence le Journal, que j'ai eu l'honneur de Lui annoncer à différentes reprises. Je crois m'être suffisamment expliqué sur ce qui en a retardé l'envoi. Je l'ai copié et recopié plusieurs fois, non pas pour en embellir la rédaction, — car la vérité et la simplicité devoient être ses seuls ornemens — mais pour lui donner une forme présentable, autant que j'ai pu y parvenir, dénué de tout secours, même pour la partie mécanique du travail.

Ce Journal contient beaucoup de choses, qui ont perdu leur intérêt primitif par les malheurs arrivés à la Prusse. Il en contient d'autres, qui ces mêmes malheurs rendront peut-être plus intéressantes. Dans tous les cas je crois pou-

⁴⁾ Ebenda S. 523; vgl. Strippelmann, Beiträge . . II, 167. Es wurden . . am Freitag (8. Aug.) zuerst einige Feldjäger mit Orders an die entfernten Inspektionen im stillen, die folgenden Tage jedoch mit vieler Publizität an die näheren abgefertigt . .

Haugw. setzt die Mobilmachung für den 8. Aug. an (Bailleu, Preuß. u. Frankr. II, 562).

voir me flatter, que cette pièce occupera son rang (sans qu'il y ait aucun mérite de ma part), parmi les matériaux les plus utiles pour l'histoire secrète d'un événement, destiné à ôter à l'Europe une des dernières chances de son rétablissement et à consommer la ruine de l'Allemagne.

Quant à ce qui m'y regarde moi-même, je dois m'en remettre absolument au jugement épuisé de Votre Excellence. Ma situation à ce quartier-général n'étoit pas sans difficultés; Votre Excellence s'en appercevra assez en lisant le récit fidèle que je mets aujourd'hui sous ses yeux. Si je m'en suis tiré de manière, à mériter Votre approbation, Monsieur le Comte, si notamment Vous rendez quelque justice à la conduite que j'ai constamment tenue dans tout ce qui concernoit les intérêts, la marche, et les déterminations de S. M. l'Empereur — il ne me reste rien à désirer.

Mais aussi, si tel est le cas, je Vous demande avec les plus vives instances, de ne pas me refuser quelques lignes, qui me tranquillisent sur Votre opinion. —

Kopie einer Depesche des russischen Gesandten in Berlin, Grafen Stackelberg, aus dem Archiv im Ministerium des Auswärtigen in Petersburg.

Beilage 2.

A. S. E. Mr. le Baron de Budberg etc . . .

Monsieur,

L'arrivée du courrier de Paris et un grand dîner donné à Mr. La-Forêt par le Comte de Haugwitz ont empêché ce Ministre de me recevoir hier avant les neuf heures du soir. Il n'avait, m'a-t-il dit, pas vu le Roi auquel il s'est borné à envoyer la lettre de Sa Majesté l'Empereur Notre Auguste Maître, et ne put donc s'expliquer vis-à-vis de moi d'une manière positive se réservant de le faire aujourd'hui à son retour de Charlottenbourg. Cet entretien fut toutefois trop intéressant pour que je ne craigne pas d'en oublier quelques particularités en tardant à les transmettre à Votre Excellence

ce dont je vais avoir l'honneur de m'acquitter. J'ai avec tous les arguments que me présentait à notre avantage l'état des choses différent de ce qu'on pouvait se l'imaginer à St. Pétersbourg le 12/24 août tenu pour l'essentiel à Mr. le Comte de Haugwitz le langage prescrit dans les dépêches de Votre Excellence à cela près que la manière dont la Cour de Berlin est engagée vis-à-vis du Gouvernement Français et le besoin qu'elle a de nos secours m'a fait tarder à m'expliquer clairement sur l'agrandissement vers le sud que nous serions portés à accorder à la Prusse pour prix de sa persévérance dans le système qu'elle a embrassé et en indemnisation des fraix que la guerre lui occasionnera. Votre Excellence était partie de la supposition où le Gouvernement Français voulant après notre refus de ratification nous tomber sur le corps trouverait cette Puissance dans une attitude douteuse tandis que celle prise en vue de sa propre conservation par la Cour de Berlin établissait des rapports plus favorables dont j'ai cherché à tirer parti. Ce n'est pas que le C-te de Haugwitz n'en ait fait autant de son côté en faisant sonner très haut ce que les armements de la Cour de Berlin se trouvaient avoir avantageux pour la nôtre. Il posa la chance, où le Roi fut resté désarmé et où à la suite de notre refus de ratification le Gouvernement Français à l'aide des cent cinquante mille hommes qu'il a en Allemagne, eût voulu forcer les Cours de Vienne et de Berlin à faire conjointement avec lui la guerre à la Russie en leur offrant ses dépouilles pour récompense. Il s'étendit alors sur le plan de Bonaparte duquel son séjour à Paris l'a mis à même de prendre connaissance et consistant ainsi que je l'ai mandé dès de la Haye et de Berlin dans une dépêche en date du 4/16 avril dernier, à réduire la Russie à la condition de Puissance Asiatique en la faisant presser par les Monarchies Autrichienne et Prussienne agrandies à l'est en proportion de ce que Bonaparte veut leur enlever à l'ouest, son dessein entre autres étant de pousser sa frontière ou celle

de sa Fédération ce qui revient au même jusqu'à l'Elbe si non jusqu'à l'Oder. Je répliquai à cela que les moyens que la Providence a mis entre les mains de Sa Majesté l'Empereur Notre Auguste Maître étaient heureusement suffisants pour repousser cette triple agression si même une déviation aussi manifeste des principes de la plus saine politique était présumable dans les Cours de Vienne et de Berlin; surquoi le Comte de Haugwitz observa que ce n'eût pas été dans elles effet de choix mais de nécessité la plus impérieuse. Reprenant alors le fil de son discours il compara avec cette première chance si défavorable celle du moment qui dans l'armement de la Prusse la mettant à l'abri de se voir forcer la main, est en même temps une espèce de sauvegarde pour l'Autriche à l'égard de laquelle le Gouvernement Français se voit obligé à de toutes autres ménagements, nous donnant de grandes facilités pour agir sur elle. Je dis au Ministre du Cabinet que je convenais de ce fait plus dans les conséquences que dans le principe pouvant en quelque sorte rétorquer son argument l'attitude de la Cour de Berlin ayant été prise contre le Gouvernement Français dans la supposition de notre paix avec lui qu'établit la lettre du Roi et peut-être des suites alarmantes qu'elle aurait pu avoir pour la Prusse quelque peu fondées que fussent ces craintes par rapport à un souverain tel qu' Alexandre premier. Finissant là une discussion fort oiseuse j'amenai le Ministre d'Etat sur le compte du courrier arrivé de Paris lui témoignant sur ce qu'il pouvait avoir apporté des inquiétudes plus grandes encore que celles que j'avais réellement attendues, le peu de probabilité dans la disgrâce complète du Marquis de Lucchésini auprès de la Cour des Tuileries qu'elle se fût adressée à lui pour transmettre des propositions à la sienne. Le Comte de Haugwitz me protesta qu'il n'avait été faite aucune ouverture quelconque à l'Envoyé de Prusse que Mr. de Talleyrand n'avait cherché à voir que pour en tirer quelques lumières au sujet de la ratification de notre Cour demandant

au Marquis de Lucchésini, si le Ministère Prussien ne lui donnait aucun renseignement à ce sujet. Le Ministre du Cabinet qui me dit alors avoir supposé la lettre à Mr. Harlamoff en vue de donner vent à Lord Lauderdale de notre détermination m'assura n'en avoir pas écrit au Marquis de Lucchésini, mais que des nouvelles d'espion à Londres en avaient donné l'appréhension au Gouvernement Français qui a le plus vivement possible pressé le Négociateur Anglais de signer sans cependant y réussir jusqu'au 26 et qu'il eût dès lors apparence de réussite pour la suite. L'Envoyé de Prusse ajoute que la fureur de Bonaparte sur l'armement de la Cour de Berlin en a redoublé et passé toutes bornes. Il demande à cors et à cris à pouvoir quitter Paris et dans la crainte de quelque scène se propose de la faire sans prendre congé. Après m'avoir rapporté ces détails le C-te de Haugwitz en vint à l'entretien qu'à l'issue du dîner il avait eu avec Mr. La-Forêt qui tout aussi peu autorisé à entrer à fond dans l'importante discussion du jour s'est borné à lui parler des villes anséatiques s'étant adressées au Gouvernement Français et de l'intérêt que celui-ci prend à leur neutralité supposé menacée par la Ligue du Nord. Le Ministre d'Etat m'a dit avoir pris pour texte le sort éprouvé par Nuremberg et Francfort afin de témoigner sa surprise de voir le Gouvernement Français s'apitoyer, bien à tort au reste, sur celui des villes anséatiques, m'assurant qu'au ton pris par lui Comte de Haugwitz à cette occasion, Mr. La-Forêt a dû sentir la différence mise entre les trois dernières semaines les armements de la Cour de Berlin, et que son parti était pris. C'est sur ce point essentiel que le Ministre du Cabinet s'évertua à détruire les doutes me restant encore, représentant le gant comme jeté, la guerre comme immanquable. Il me répéta alors que le Roi partirait dans quatre ou cinq jours pour l'armée qui du 11 au 12 de ce mois se trouverait forte de 120/m hommes dans une ligne depuis Brémen jusqu'aux confins de la Saxe du côté du pays de

Baireuth. Le Comte de Haugwitz ajouta que l'armée ne pouvait rester dans cette position tant à cause de son bon esprit qu'il ne fallait pas laisser se relâcher par l'inactivité de l'armée dernière que du défaut des subsistances, sans parler du grand intérêt de couvrir toute la Saxe et les Etats de l'Electeur de Hesse pour achever de s'assurer de ce Prince. A en croire le Ministre d'Etat l'armée prussienne ne tarderait donc pas réunie aux Saxons et Hessois (qu'il évalue à 30/m hommes) et prévenant l'arrivée des renforts français à pousser leur armée du Mein jusqu'au Rhin. Le plan du Comte Haugwitz me paraissant presque trop beau pour y prendre confiance irait plus loin et viserait en délivrant la Hollande à se porter jusqu'à la Sambre et la Meuse, ligne sans doute la plus importante et sans laquelle il n'existe pas d'indépendance des Pays-Bas devant à si juste titre tenir à coeur à toutes les Puissances et à l'Angleterre en première ordre, mais que les moyens de la coalition la mieux organisée n'atteindront pas sans peine. Le C-te de Haugwitz à la vérité n'a pas poussé sa confiance dans les troupes prussiennes, saxonnes et hessoises jusqu'à vouloir sans secours étranger leur faire exécuter ce plan. Les nôtres y entrent pour beaucoup en tant qu'appuyant l'aile gauche prussienne elles se porteraient sur le haut Rhin tandis que d'autres corps de troupes russes tomberaient sur les Français au midi de la Monarchie Autrichienne et la contraindraient au cas de résistance de sa part à agir de concert avec nous. Dans le plan du C-te Haugwitz il entre de rendre à la Cour de Vienne ce qu'elle a perdu mais surtout le Tyrol comme moyen d'arracher aux Français l'Italie où il voudrait nous voir entreprendre une diversion et ne regarde pas leur domination comme solidement établie à l'extrémité de la botte en particulier. L'interrogeant alors plus spécialement quant à ses idées sur notre coopération il parla de deux corps de troupes russes devant se porter contre les Français par la Hongrie et la Galicie en entraînant

la Cour de Vienne et d'un troisième venant par la Bohême appuyer l'aile gauche prussienne. Sur ma demande d'un plan d'opération par écrit il me dit d'abord que le Duc de Brunsvic en serait chargé mais lui répliquant désirer ne pouvoir pas le retour de mon courrier faire passer ne fût ce qu'un aperçu sommaire, il me promit qu'on s'en occuperait à Charlottenbourg dans la matinée même d'aujourd'hui et que cette besogne serait confiée au Général Pfuhl ou au Colonel Kleist. Sans provoquer ouvertement le C-te de Haugwitz à s'expliquer sur les vues d'agrandissement de sa Cour, ja l'ai cependant sondé indirectement à ce sujet mais sans fruit. Il a parlé d'acquisitions pour l'Electeur de Hesse (m'engageant à montrer à Mr. de Waitz cet appât nécessaire pour pouvoir compter sur son Souverain), de la conservation du Hanovre dont on ajournerait en attendant la querelle avec l'Angleterre, du rétablissement de la Maison d'Orange en Hollande devant intéresser la Cour de Londres et enfin des subsides de celle si indispensables au Roi pour continuer la guerre quelque grande me dit-il que fût la répugnance de S. M. à les recevoir. Tel est le résumé de ma conversation avec le Comte de Haugwitz. Elle n'a pas porté le cachet d'abandon à désirer de sa part plus au reste qu'à espérer dans un Ministre de ce caractère. Les doutes avec lui sont toujours de raison et je ne lui ai pas caché tous les miens quelque balancés qu'ils soient par les dispositions personnelles du Roi dont la timidité paraît être vaincue, par sa levée de bouclier contre la France que le Ministère Prussien sait bien qu'elle ne lui pardonnera jamais, et enfin par la détermination même prise vis-à-vis du Roi de Suède laquelle contribue à compromettre la Cour de Berlin avec Bonaparte et sera pour moi le sujet d'un rapport séparé.

J'ai l'honneur d'être avec la considération
la plus distinguée

Berlin, Monsieur de Votre Excellence
ce 22 août 1806 le très humble et très obéissant serviteur
3 septembre le Comte de Stackelberg.

Lebenslauf.

Am 13. März 1879 wurde ich, Johann Heinrich Georg Døerries als Sohn des Gendarms Albert Døerries zu Hemelingen in Hannover geboren. Den ersten Unterricht erhielt ich in den lutherischen Volksschulen zu Melle und Wittmund. In Aurich besuchte ich die Lehrerbildungsanstalten und bestand am dortigen Seminar die Entlassungsprüfung. Nach 2½-jähriger Tätigkeit im öffentlichen Schuldienst des Regierungsbezirks Aurich erhielt ich Erlaubnis, in der Prima des Gymnasiums zu Leer hospitieren zu dürfen, an welcher Anstalt ich Ostern 1902 die Reifeprüfung ablegte. Herrn Direktor Dr. Lücke und Herrn Prof. Dr. Busche bin ich zu Dank verpflichtet.

Ich bezog die Universitäten Göttingen und Greifswald, um mich dem Studium der Geschichte und der Germanistik zu widmen.

Während meiner Studienzeit nahm ich an den Vorlesungen und Übungen folgender Herren Dozenten teil:

Baumann, Bernheim, Brandi, Busolt, Credner, Deecke, Haußleiter, Heyne †, Lehmann, Müller, Oldenberg, Pyl †, Rehmke, Reifferscheid, Roethe, Seeck, Stoseh, Tschackert, Ulmann, Werminghoff.

Ihnen allen sage ich an dieser Stelle meinen Dank, ganz besonders Herrn Geheimrat Ulmann, durch den ich die Anregung zu der vorliegenden Arbeit empfang und der mir bei ihrer Anfertigung mit seinem Räte zur Seite stand.

www.books2ebooks.eu